

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 2.00 Mk.
im voraus zahlbar. Vierteljahr 4.25 Mk.
einjährlich 16.00 Mk. Postzusatz 1.00 Mk.
72 Pf. Postbezugsgebühren Ausland-
abonnenten 6.— Mk. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“ illustrierte Beilagen „Sport
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Fern-
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Lebens“ „Witz in die
Bühnenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konzentration
des Vermögens, welche die „Vorwärts“
macht, „Klein-Anzeigen“ des 17. 18.
druckte Wort 12 Pfennig gültig zum
beigebrachte Wort, jedes weitere Wort
12 Pfennig. Siebengehabe nur 10
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
ablen für zwei Worte. Arbeitsweise
Seite 60 Pfennig Familienanzeigen 30 Pf.
10 Pfennig Anzeigenannahme im Haupt-
gebäude Lindenstraße 3 wochentägig
von 8 1/2 bis 12 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönholz 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37538. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 65. Dr. H. u. Disc.-Ges., Postfach 10000 Berlin 10.

Heute Entscheidung!

Nächtliche Verhandlungen / Sprengversuch / Annäherung.

Unter krisenhaften Vorzeichen empfing der Reichs-
kanzler gestern nacht 11 Uhr die Fraktionsführer der Re-
gierungsparteien.

Für 12 Uhr war eine Kabinettsitzung in Aussicht genom-
men. Von volksparteilicher Seite wurde das Gerücht ver-
breitet, daß der Rücktritt der Regierung bedenklich sei.

Die Besprechung mit den Parteiführern ging aber noch
um Mitternacht weiter. Eine Annäherung war bis dahin
nicht erzielt.

Nach weiteren Verhandlungen wurde in der zweiten
Morgensunde eine Annäherung erzielt. Die Fra-
ktionsführer wollen heute vormittag 10 Uhr ihren Fraktionen
den vereinbarten Wortlaut eines modifizierten Vertrauens-
votums vorlegen. Die Entscheidung liegt dann bei den Fra-
ktionen.

In der heutigen Reichstagsitzung, die 11 Uhr vormittags
beginnt, wird die Entscheidung über die Regierung
Müller fallen. Wahrhaftig eine groteske Situation! Die
überwiegende Mehrheit des Reichstags ist der Überzeugung,
daß eine Regierungskrise in diesem Augenblick für Land und
Volk sehr schweren Schaden bringen müßte. Trotzdem ver-
handelt man tagelang mit negativem Erfolg über die Mittel,
eine Krise zu vermeiden. Als ob die Frage, wie man das
macht, nicht durch das parlamentarische System selbst be-
antwortet wäre! Wenn man den Sturz einer Regierung
vermeiden will, dann spricht man ihr das Vertrauen
aus. Wir meinen also, daß die Mehrheit heute der Re-
gierung das Vertrauen votieren muß. Damit wird sie ihre
Pflicht erfüllt haben. Die Pflicht der Regierung ist es sodann,
zu bleiben.

Dieses Bleiben erstreckt sich, wieder nach dem Sinn des
parlamentarischen Systems, keineswegs auf unbegrenzte
Zeit. Schon in der nächsten Woche kann die Regierung,
wenn sie es für richtig hält, dem Reichstag ihr Sofort-
programm vorlegen und dazu wieder die Kabinetts-
frage stellen. Ob ein solches Vorgehen zweckmäßig ist,
wird sie selber zu überlegen haben, wobei der Stand der
schwebenden Anleiheverhandlungen eine Rolle spielen wird.
Preisgründe aber brauchen eine entscheidende Rolle nicht
zu spielen. Eine Regierung, die ein Vertrauensvotum,
noch dazu eine Anleihermächtigung und — das
wichtigste — Geld erhält, hat weder einen Grund, noch,
meinen wir, ein Recht, ihren Posten zu verlassen. Am 3. Ja-
nuar soll die zweite Haager Konferenz beginnen, dazu können
wir eine in Demission befindliche Regierung nicht brauchen.

Der gesunde Menschenverstand sagt also, daß der Reichs-
tag heute der Regierung das Vertrauen votieren muß und
daß sie dann im Amt zu verbleiben hat.

In Wirklichkeit haben sich die Dinge bisher leider anders
entwickelt. Man hat zwischen den Führern tagelang ver-
handelt: 1. über das Vertrauensvotum, 2. über das Sofort-
programm, 3. über die grundsätzliche Stellung der Parteien
zu dem finanzreformerischen Fünfjahresplan der Regierung.
Man hat darüber verhandelt, und zwar nicht über eines nach
dem anderen, sondern über alles zugleich. Dabei er-
gab sich die Möglichkeit der interessantesten Kombinationen.
Man kann zum Beispiel für das Vertrauensvotum und für
das Sofortprogramm, aber gegen den Fünfjahresplan sein,
oder für den Fünfjahresplan und gegen das Vertrauens-
votum usw. Da das Sofortprogramm aus zwei Teilen
besteht, kann man auch für den einen und gegen den anderen
sein, was die Sache noch reizvoller macht. Darüber nun
tagelanges Verhandeln.

Da es zu keiner Einigung kam, traten gestern die Par-
teien mit besonderen Erklärungen vor den Reichstag, in
denen naturgemäß auch die vorhandenen Meinungsver-
schiedenheiten zum Ausdruck kommen mußten. Der Volks-
parteilicher Hoff ritt eine Attacke gegen die Arbeitslosen-
versicherung, deren Reform er — trotz der eben erst vor-
genommenen Änderungen — im Interesse „der Arbeits-
moral“ verlangte. Hat Herr Hoff nicht gemerkt, daß diese
Erklärung auf die Sozialdemokratie als eine Provo-

kation wirken mußte? Nun, dann haben ihn die erregten
Zurufe von links darüber belehrt.

Das Zentrum erklärte sich durch Brüning für den
großen Reformplan, wobei es sagen ließ:

Wir verhehlen dabei nicht, daß auch wir gegenüber Einzelheiten
starke Bedenken haben, von denen wir annehmen, daß sie in
den weiteren Verhandlungen zwischen den Parteien beseitigt werden
können.

Ähnlich sagte Reinhold für die Demokraten:
Wir sind deshalb trotz vieler Bedenken in Einzel-
heiten, die wir im Zusammenarbeiten mit der Regierung und den
anderen Parteien zu beseitigen hoffen, bereit, uns hinter dieses Pro-
gramm zu stellen.

Noch stärkere Bedenken meldete Reich für die Bave-
rische Volkspartei an, er erklärte, „dem Gesamtprogramm
der geplanten Finanzreform“ nicht die Zustimmung geben
zu können.

Schließlich gab die Sozialdemokratie durch
Breitscheid eine sorgfältig abgewogene Erklärung ab,
die den Grundgedanken des großen Zukunftsprogramms
billigt, aber bedenklich hinzusetzt:

Wenn sie im gegenwärtigen Augenblick zu den Grundzügen der
Finanzreform der Reichsregierung nicht abschließend Stellung
nimmt, so vor allem deswegen, weil die ungünstige Entwik-
lung der Finanzverhältnisse des Reiches es fraglich
erscheint läßt, ob die Voraussetzungen für eine so umfangreiche
Steuererhebung, wie die Regierung sie plant, gegeben sind.

Das Ausprechen dieser schlichten Wahrheit hat
nun gewissen volksparteilichen Stellen Anlaß zur Auf-
führung jenes anmutigen Spiels gegeben, das ein schon fest-
stehender Sprachgebrauch als „Krise in der Krise“ bezeichnet.
Die „Nationalliberale Korrespondenz“ stürzt sich in die Un-
kosten einer Sonderausgabe, um zu versichern, es habe sich
„ein Vorgang zugetragen, der kaum seinesgleichen in der
parlamentarischen Geschichte findet“. Diefem Vorgang ohne-
gleiches wird sodann „katastrophale Bedeutung“ beigegeben.
Denn die sozialdemokratische Fraktion habe sich von Müller
und Hilferding getrennt. Damit sei die Verantwortung für
die Folgen der entstandenen Krise klar gestellt. Das Kabinett
habe zu entscheiden, ob es sich angesichts der starken Gegensätze

zwischen sozialdemokratischer Fraktion und dem sozialdemo-
kratischen Minister zu erfolgreicher positiver Arbeit noch
fähig fühle.

Und damit der Humor nicht fehle, stellt das offizielle
Organ der Volkspartei diesem Bilde sozialdemokratischer
Teufelei die volksparteiliche Lichtgestalt in folgender Schild-
erung entgegen:

Umgekehrt hat die Deutsche Volkspartei

trotz schwerer Bedenken im einzelnen

alles mögliche getan, um dem deutschen Volke und der deutschen
Wirtschaft die Vorteile der Reichsfinanzreform zu sichern.

Halbes Geständnis: Auch die Volkspartei hat „schwere
Bedenken“, sie meldet sie durch ihr offizielles Organ ausdrück-
lich an. Aber die Sozialdemokratie darf solche Bedenken
nicht haben oder wenigstens nicht aussprechen, sonst läßt die
„Nationalliberale Korrespondenz“ über sie Pech und Schwefel
regnen.

Die genannte Korrespondenz täte besser, sich darum zu
kummern, daß die Volkspartei immer mit Curtius und
Moldenhauer einig bleibt, und die Regelung unserer
Familienverhältnisse uns selbst zu überlassen. Uebrigens ist
es ein glatter Unsinn zu behaupten, wir hätten uns durch
unser Erklärung von Müller und Hilferding getrennt. Denn
die einfache Wahrheit, die sie ausspricht, wird natürlich auch
von ihnen nicht bestritten, die Wahrheit nämlich, daß man
die Einnahmen des Reiches nur soweit senken
kann, als dadurch das Gleichgewicht des Haus-
halts nicht gestört wird.

Wir stellen fest: Gegen den finanzreformerischen Ge-
samtplan haben alle Regierungsparteien Bedenken.
Welche mehr oder welche weniger davon hat, ist für den
Augenblick total gleichgültig. Im Streit darüber die Re-
gierung aufliegen zu lassen, wäre ein Stück aus dem Tollhaus.
Es gibt wahrhaftig Sorgen, die uns näher sind! Das
Interesse des deutschen Volkes fordert, daß die gegenwärtige
Reichsregierung den heutigen Tag, den Dezember-
ultimo und die zweite Haager Konferenz überlebt. Das dazu
Notwendige zu tun, ist heute, im engsten Sinne des Wortes,
„Forderung des Tages“!

Die Gewerkschaften warnen!

Soziale Finanzreform. — Keine Katastrophopolitik.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, gez. Groß-
mann, und der Allgemeine freie Angestelltenbund, gez. Auf-
häuser, veröffentlichen folgende Kundgebung:

Zu einer Zeit, in der Deutschland um Wirtschaftsgestaltung und
Lebensraum kämpft, wird von Unternehmerorganisationen und
politischen Helfspersonen eine Aktion unternommen, die einen neuen
Schlag gegen den sozialen Staat und die Lebens-
interessen der Arbeitnehmerschaft bedeutet. Die erwarteten
Wirtschaftserleichterungen des Young-Planes dienen dem Reichs-
verband der Deutschen Industrie in Denkschrift und
Kundgebung zu einem Vorstoß, der abzielt auf den Abbau der
Arbeitslosenversicherung, auf die Ausweitung der übrigen Sozial-
versicherung, die Einschränkung des Schlichtungswesens, die Drosse-
lung der öffentlichen Wirtschaft, die Abwälzung der Steuerlasten
Kapital auf die Arbeit.

Mit den Schlagworten „Sicherung der Rentabilität“
und „Kapitalbildung“ wird von der vereinigten sozialen
Reaktion eine Panikstimmung erzeugt, als wäre die deutsche
Wirtschaft unter der jetzigen Steuer- und Sozialpolitik in eine
Katastrophe hineingeführt worden. Der Aufstieg der Wirtschaft im
letzten Jahresjahr beweist aber, daß Sozialpolitik und Sozial-
versicherung den wirtschaftlichen Fortschritt nicht gehemmt, sondern
gestützt haben!

Die Gewerkschaften anerkennen selbstverständlich die Not-
wendigkeit ausreichender Kapitalbildung. Sie bekämpfen aber jene
Politik, die einseitig die wirtschaftliche und poli-
tische Macht des Unternehmertums stärkt und die

Kapitalbildung in den Sparkassen sowie bei den öffentlichen Körper-
schaften hemmt.

Unter dem Schlagwort „Finanzreform“ wird einseitige
Besparungsmaßnahme gefordert, die andererseits eine Mehrbelastung
der besitzlosen Volksmassen zur Folge haben muß. Eine
solche Verschlebung in der Verteilung des Sozialproduktes zu-
gunsten der bestehenden Klassen widerspricht nicht nur den Interessen
der deutschen Arbeitnehmerschaft, sondern auch dem Wohle der
deutschen Gesamtwirtschaft. Sie würde die Kaufkraft der breiten
Volksmassen herabdrücken, den Binnenmarkt einengen, eine all-
gemeine Krise herbeiführen und damit erst die Wirtschaft „ans
Ende ihrer Kraft“ bringen.

Ausgangspunkt der Finanzreform muß die
schwierige Lage der öffentlichen Finanzen sein.
In erster Linie ist der ständige Fehlbetrag, der das Reich in ent-
würdigender Abhängigkeit von den Banken gebracht hat, unbedingt
zu decken. In der Zukunft darf der Haushalt nicht „am Rande des
Defizits“ stehen. Er muß die Mittel sicherstellen, die der Gesell-
schaft durch den technischen Fortschritt auf sozialem und kulturellem
Gebiete dauernd erwachsen.

Die unüberlegten Eingriffe des Reichsbank-
präsidenten in Fragen der Regierungspolitik haben die be-
stehenden Schwierigkeiten noch verschärft. In wiederholten Malen
hat er notwendige Anleihen der öffentlichen Wirt-
schaft hintertrieben und sich damit zum Schrittmacher
des Privatkapitals im Kampfe gegen die öffentlichen Be-
triebe gemacht. Die Gewerkschaften fordern, daß mit der Finanz-

reform auch die Wiederholung derartiger Eingriffe unterbunden wird.

Im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit erkennen die Gewerkschaften an, daß im Interesse der Arbeiterschaft auch den Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft Rechnung getragen werden muß. Im Gegensatz zu einer solchen Verantwortlichkeit schreden maßgebende Kreise des Unternehmertums gegenwärtig nicht darauf zurück, eine unbegründete Krisenstimmung zu er-

zeugen, die geeignet ist, die Wirtschaft in erheblichem Umfang zu erschüttern.

Indem die Gewerkschaften eindringlich vor der Fortsetzung einer solchen gefährlichen Politik warnen, sehen sie sich verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß eine unsoziale Umlagerung der wirtschaftlichen Lasten aus der Einkommensverteilung nicht vor sich gehen kann, ohne eine Kette neuer schmerzlicher sozialer Kämpfe heraufzubeschwören.

Erklärungen der Koalitionsparteien

Die Reichstagsitzung am gestrigen Donnerstag begann bei unvermindert starkem Besuch des Saales und der Tribünen mit zweistündiger Verspätung um 3 Uhr. Die Redezeit wird für die politische Debatte auf eine Stunde für jede Fraktion festgesetzt, worüber die Kommunisten schimpfen. Die Mitteilung des Präsidenten, daß noch keine Wortmeldung eingegangen ist, ruft große Heiterkeit hervor. Der erste Redner,

Abg. Dr. Neubauer (Komm.), wird gleich zu Beginn vom Präsidenten ermahnt, da er sagt, der Reichsanwalt habe seine Erklärung unter völliger Schweigen der Regierungsparteien „hergestottert“. Diese Erklärung, fährt er fort, war vom Reichsoberband der Industrie diktiert, sie kündigt einen Raubzug der sozialdemokratisch geleiteten Regierung gegen das Volk an unter dem Kommando jenes Dr. Schacht, den der „Vorwärts“ eben noch als eine Gefahr für Deutschland bezeichnet hat. Alles was der „Vorwärts“ den Unternehmern an volks- und demokratiefeindlichen Forderungen angekreidet hat, macht diese Regierung zu ihrem Programm, während links Sozialdemokraten wie Segemüh es vorher als unannehmbar bezeichnet haben; auch die „Leipziger Volkszeitung“ hat zum Angriff der Arbeitermassen gegen die Forderungen in der Denkschrift des Trustkapitals gerufen. Noch keine Regierung hat ein derartig reaktionäres Finanzprogramm vorgelegt. Hilferding hat zuerst als verhinderte Wählerkandidat in ganz Deutschland nach Geld gesucht, dann das Jähholzwirtschaft an Kreuzer veräußert und nun bettelt er bei Parker Gilbert und amerikanischen Banken. Warum treibt man nicht die 500 Millionen Rückstände an Besitzern ein? Seering hat im Reichsausschuß erklärt, daß er das Republikbeschußgesetz brauche, weil wegen dieses Programms Unruhen entstehen könnten. (Wegen des Ausdrucks „Schuppbanden“ erhält der Redner eine Mahnung des Präsidenten zur Mäßigung; er könne doch auch reden, ohne auf solche Weise Beamte zu beleidigen.) Durch solche Maßnahmen wird die Krise des Kapitalismus nicht beseitigt, nur verschärft. Deutschland produziert mehr als es absetzen kann, die Regierung will aber die Kapitalienammlung nach fördern, obwohl nach Karl Marx gleichbedeutend damit die Akkumulation des Elends der breiten Massen ist.

Der Fünfjahresplan wird die Industrie Rußlands auf das deutsche und britische Niveau heben,

er wird die Landwirtschaft sozialisieren, er sieht die vierjährige Arbeitswoche, 70 Prozent Lohnsteigerung und Beseitigung der Erwerbslosigkeit vor. — Der Redner empfiehlt die Mißtrauensanträge seiner Partei auch gegen Hilferding; er schließt mit dem Ruf zum Kampf.

Abg. Stauffer (Nat.-Soz.) wirt der Reichsregierung und der Republik betrügerischen Bankrott vor. Man habe das deutsche Volk internationalen Finanzjuden ausgeliefert, an die man die Monopole veramtet. Die Kappsteuer hat der sozialdemokratische Abg. H. K. m. a. n. im Bayerischen Landtag auf das Schärfste verurteilt. Das Republikbeschußgesetz hieße, da Seering es gegen Währungsbeschränkungen infolge der Young-Kot gefordert, besser Young- oder Judenbeschußgesetz. Die Republik greift niemand an, sie geht an ihrer Korruption und Ineffizienz zugrunde. Wir warten auf den Tag, wo das Volk sie abgerollt. (Präsident läßt den Redner zur Ordnung und meint, dieser könne sich über Beschränkung der Redezeit nicht beklagen.)

Erklärung des Zentrums.

Abg. Bräuning (Z.) verweist in einer Erklärung auf die schon wiederholt vorgebrachte Forderung seiner Fraktion, an das Wert der Kassenanlage ohne Rücksicht auf die Möglichkeit der Annahme des Young-Plans heranzugehen. Eine großzügige Reform des Steuersystems sei angesichts der augenblicklichen Steuerlasten, die die Wirtschaft, der mittlere und kleinere Gewerbebestand und die Landwirtschaft zu tragen hätten, erforderlich.

Die Lage der letzten zehn Monate ist zum großen Teil eine Folge der hohen Reparationslasten.

Die wirtschaftliche und soziale Krise gibt einen Vorgeschmack von dem, was eine Dames-Krise im Sinne Eugenbergs bedeuten würde. Die Kassenlage für den Monatsabschluß ist überaus ernst und zwingt zu sofortigen Maßnahmen. Es entspricht aber nicht dem Ernst der Lage, wenn man diese Schwierigkeiten allein durch eine Auslandsanleihe beheben will. Sofortige Maßnahmen zur Senkung des Kassenbestands sind unbedingt erforderlich; keine Fraktion stimmt dem Memorandum des Reichsbankpräsidenten zu, soweit es sich auf diese Notwendigkeit bezieht.

Für die hinter der Regierung stehenden Parteien würde es schwer erträglich, wenn man sich auf die Zustimmung zu solchen Sofortmaßnahmen beschränken würde.

Das Zentrum habe alles getan, um der Aufforderung des Reichsanwalters nachzukommen, und es hat sich geschlossen auf den Boden des Finanzprogramms der Regierung gestellt. Das haben auch die anderen Parteien der Regierung um so leichter tun können, als der Reichsanwalters darauf hingewiesen hat, daß über Einzelheiten des Finanzprogramms spätere Verhandlungen entscheiden müssen. Auch das Zentrum hat gegenüber Einzelheiten starke Bedenken, hofft aber auf deren Beseitigung im Laufe der weiteren Verhandlungen. Die Zentrumspartei wird die Regierung in ihrem Willen, dieses Programm unter den obengenannten Einschränkungen durchzuführen, tatkräftig unterstützen. Sie erwartet dieselbe von den anderen Regierungsparteien.

Mißtrauensanträge gegen den Außenminister Dr. Curtius und den Reichsfinanzminister Dr. Hilferding werden auch vom Abg. Oberfahren gestellt. Zur Geschäftsordnung beantragt er, weil die Regierung nicht anwesend sei und die Regierungsparteien nicht sprechen, Vertagung. Das wird gegen die Oppositionsparteien abgelehnt.

Abg. Dr. Quack (Dnat.) — von äußerst links mit dem Ruf begrüßt: „Im Namen Eugenbergs“ — spricht von einem Zusammenbruch der Reichsfinanzwirtschaft. Vor einem Jahre hat sich Dr. Hilferding als den Stabilisierungsmann hingestellt, alle Schuld auf die Deutschnationalen gewälzt und die früheren Finanzminister Dr. Köhler und Reinhold beschuldigt, unverantwortlich gewirtschaftet zu haben. Es handelt sich nicht um ein Kassendefizit, sondern ein organisches Defizit, die Steuererträge gehen zurück, das Reich ist knapp vor dem Bankrott, es ist 3 Minuten vor zwölf, und es wird langsam Zeit (Gegenruf links), daß Sie, Herr Crispian, Ihre Fähigkeiten nachweisen. Es ist fraglich, ob Herr Hilferding den Reichsbeamten das Gehalt zu Neujahr auszahlen kann. Sie beschließen die Redezeit und schäubern um Viertelstunden aus zitternder Angst vor Oppositionsrednern. Sie brauchen die Zeit für die Kassenfischerberei, die schon so ganz das Wesen des nur noch scheinbar lebendigen Parlamentarismus geworden sind. Sie (zur Mehrheit) sind schon tot, Sie wissen es nur noch nicht! Der Reichsanwalters hat Dr. Schacht nach Paris einen Brief geschrieben, es müsse angenommen werden, auch wenn wirtschaftliche Gründe dagegen sprechen, und Dr. Breitscheid hat gerade in dem kritischen Zeit-

punkt einen Artikel veröffentlicht, den Dr. Schacht nach seiner öffentlichen Erklärung als Dolchstoß empfunden hat. Die britische Arbeiterregierung begehrt in der Liquidationsfrage einen Raub an deutschem Vorkapital. Die belgische Kartabmachung ist eine der größten Schieberereien.

Dr. Curtius will Polen stark sehen „im Interesse der deutschen Wohlfahrt“.

(Unterhört rechts.) In Polen kennt man das Abkommen, bei uns darf über Thema nicht gesprochen werden. In der Grenzzone werden Liquidationen nicht verboten.

Der Eugenbergmännchen provoziert.

Dr. Quack nennt es geschmacklos, daß ein Minister mit 40 000 Mark Einkommen und schönem Auto sich mit Frontkämpfern vergleiche. Diese höchst provokatorisch vorgebrachten Ausfälle rufen erregte Gegenrufe links hervor, in denen auch bezweifel wird, daß Quack sich als Sprecher der Frontkämpfer bezeichnen könne. Quack erwidert in hochfahrendem Ton, er sei Feldwebel gewesen und er rufe dem „jungen Mann“ — gemeint ist der sozialdemokratische Abg. Gerlach — nicht, sich gegen die Kameraden des Herrn Quack zu stellen. Als Abg. Gerlach in einem Ruf erwidert, daß er schwer trübselig ist, sagt Quack: „Hoffentlich sind Sie nur am Körper beschädigt.“ — Diese Bemerkung erregt einen Entrüstungssturm und bringt dem Redner einen Ordnungsruf ein; den zweiten erhält er bald darauf, als er dem Außenminister nachsagt, er schädige in seiner Rede zu Polen das deutsche Volk. Der Präsident macht in dem Rufe, der den Herausforderungen des Herrn Dr. Quack folgt, ihn auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam. Quack geht bald darauf ab.

Abg. v. Sydow (Christl.-nat. Sp.): Unterhändler, die ein solches Abkommen heimbringen, wie das deutsch-polnische, würden in anderen Ländern geübert und gefeiert werden. Die Steuerprojekte gefährden die schwerleidende Landwirtschaft aufs äußerste.

Die Deutsche Volkspartei fordert Bindung.

Abg. Dr. Hoff (D. Sp.) gibt im Auftrage seiner Fraktion folgende Erklärung ab: Die Lage ist außerordentlich ernst. Die Ausgaben des Reiches sind in einem Maße angewachsen, daß sie durch die vorhandenen Einnahmen nicht mehr gedeckt werden können. Dazu tritt die Gefahr, daß der Rückgang der Einnahmen, der sich schon seit einiger Zeit zeigt, sich fortsetzt, und zwar deswegen, weil die schwere Last der öffentlichen Ausgaben die Rentabilität der Wirtschaft gefährdet. Der Mangel an Kapital nimmt nicht nur bei den großen und mittleren Betrieben, sondern durch alle Stufen der Produktion hindurch immer stärkeren Formen an, er wirkt sich aus in der wachsenden Zahl von Zusammenbrüchen, Entlassungen, Betriebseinschränkungen, die ihrerseits das Heer der Arbeitslosen von Tag zu Tag anwachsen lassen. Wir begrüßen daher den Entschluß der Reichsregierung, hier endlich einen entscheidenden Schritt zu tun durch Senkung der Steuern, die Voraussetzung für eine Gesundung von Finanzen und Wirtschaft zu schaffen. Es wäre allerdings besser gewesen, wenn sich die Reichsregierung hierzu schon zu einem früheren Zeitpunkt entschlossen hätte. Daß sie es nicht getan hat, bedauern wir; ebenso, daß in dem Programm der Reichsregierung der Wille zur Verminderung der Ausgaben nicht mit genügender Stärke zum Ausdruck gekommen ist.

Wir bedauern ferner, daß in der Erklärung der Reichsregierung Vorschläge fehlen für eine Reform der Arbeitslosenversicherung, die, abgesehen von den finanziellen Notwendigkeiten, auch aus Gründen der Arbeitsmoral erforderlich ist. (Große Unruhe und lebhaftes Gähnen! hört! bei den Soz.)

Wir bedauern schließlich, daß die von der Reichsregierung vorgelegten Maßnahmen zur Milderung der Finanzwirtschaft der Gemeinden nicht klar und eindeutig genug sind, um die Erreichung des gestellten Zieles zu sichern. Wir sind bereit, dem Gebot der Stunde, das zu sofortigem Handeln zwingt, zu folgen und das Programm der Reichsregierung zur Durchführung der Reichsfinanzreform als Ganzes anzunehmen unter der Voraussetzung, daß die übrigen Regierungsparteien die gleiche Bereitschaft bekunden.

Die Demokraten stimmen zu.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, die als notwendig bezeichnet, die für die Wirtschaft auf die Dauer unerträglichen Lasten zu senken. Die öffentlichen Ausgaben müssen vermindert werden, der Haushalt 1930 äußerste Sparsamkeit üben. Das Regierungsprogramm erfüllt die demokratische Forderung, in dieser Schicksalsfrage die Führung zu übernehmen. Deshalb sind wir trotz vieler Bedenken in Einzelheiten bereit, uns hinter dieses Programm zu stellen und auch das Sonderprogramm durchzuführen.

Die Bayerische Volkspartei lehnt ab.

Abg. Dr. Leicht (Bayer. Sp.): Wir begrüßen, daß die Regierung an einer Gesundung der Finanzen arbeiten will. Wir sind

auch bereit, uns für das Sofortprogramm einzusetzen. Manche Punkte des Regierungsprogramms verbieten uns, aus sozialen Rücksichten, aus Gründen steuerlicher Gerechtigkeit, aus innerpolitischen und aus Zuständigkeitsgründen die Annahme des Gesamtprogramms. Besonders entscheidend ist, daß uns bei der schwierigsten Finanzlage das Experiment einer umfangreichen Steuerentlastung zu gewagt erscheint. Wir können daher dem Finanzprogramm nicht zustimmen. (Bewegung.)

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.): Die Regierungsankündigung hat ein trübes Bild von der Kassenlage und den Reichsfinanzen entrollt. Die Reichsregierung hat sich dabei auch mit dem bekannten Vorgehen des Reichsbankpräsidenten auseinandergesetzt und an ihm eine berechtigte Kritik geübt. Wir wollen diesen Punkt hier nicht eingehend erörtern, da es sich im Augenblick um schwerwiegende sachliche Fragen der Finanzreform handelt. Wir betonen nur mit allem Nachdruck, daß wir es für unerträglich halten, wenn der dem Parlament nicht verantwortliche Reichsbankpräsident den Eindruck zu erwecken sucht, als könne er die Richtlinien der Politik bestimmen. Seine Ansicht über Finanz- und geldpolitische Angelegenheiten wird für uns immer wertvoll sein. Aber wir geben dem Wunsch Ausdruck, daß sie nicht in einer Weise an die Öffentlichkeit gebracht wird, die das Ansehen der nur dem Reichstag verantwortlichen Regierung beeinträchtigt. (Zustimmung links.)

Ich beabsichtige in diesem Zusammenhang auch nicht auf den Young-Plan und die Vorbereitungen zur Haager Schlichtungskonferenz, sowie auf die sonstigen mit der Finanzlage im Zusammenhang stehenden Angelegenheiten der Außenpolitik einzugehen. Wir wünschen, daß die Regierung ihre Verhandlungen fortsetzt, und haben das Vertrauen, daß sie unter völliger Wahrung der berechtigten Ansprüche Deutschlands zu Ende bringt.

Im Mittelpunkt unserer heutigen Aussprache steht die Finanzlage des Reiches und das Finanzprogramm der Regierung. Dazu habe ich im Auftrage meiner Fraktion folgende

Erklärung

abgegeben:

Die Schwierigkeiten der Kassenlage des Reiches, die neuerdings wieder einen bedenklichen Stand erreicht haben, sind in der Vergangenheit entstanden, in einer Zeit, für welche die gegenwärtige Regierung keine Verantwortung trägt. (Murren rechts.) Die gewaltige Arbeitslosigkeit des letzten Winters, der mit der Verschlechterung der Wirtschaftsjunkturen verbundene Rückgang der Reichseinnahmen und die Verzögerung der internationalen Regelung der deutschen Zahlungspflichtigkeiten haben diese Schwierigkeiten verschärft.

Die Beseitigung des Kassenbestands ist eine wichtige Voraussetzung für die Finanzreform und auch darum besonders dringend. Werden die internationalen Zahlungspflichtigkeiten Deutschlands vermindert, so wird dadurch eine Steuerreform mit wirtschaftlicher Steigerung möglich.

Deutschland kann seine großen Verpflichtungen nur dann erfüllen, wenn die Produktionsfähigkeit seiner Wirtschaft gehoben wird und den Millionen Erwerbslosen Beschäftigung gegeben werden kann. (Sehr wahr! bei den Soz.) Eine Reform, die dieses Ziel erstrebt, liegt im Interesse der breiten Schichten des schaffenden Volkes.

Die Kaufkraft der Massen ist eine wichtige Voraussetzung zur Hebung der Produktion, zur Verbilligung der Erzeugung und für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt. Selbstverständlich sind für eine Finanzreform auch soziale Ermäßigungen wichtig. Das gegenwärtige Steuersystem ruft Hemmnisse in der Entwicklung der deutschen Wirtschaft hervor, deren Beseitigung erwünscht ist. Wenn durch seinen Umbau wirtschaftliche Hemmnisse beseitigt werden, so kommt der dadurch erzielte Nutzen auch der Gesamtheit zugute. (Zustimmung. Entrüstung der Komm.)

Die Finanzreform darf aber neben der Einsetzung aller Schichten der Bevölkerung das Ziel nicht außer acht lassen, dem Reich gesunde Finanzverhältnisse zu schaffen. Selbstträge im Reichshaushalt, die bei den gegenwärtigen Verhältnissen nicht durch Anleihen gedeckt werden können, rufen dauernd die Gefahr hervor, daß durch eine Krise der öffentlichen Finanzwirtschaft Krisen in der privaten Wirtschaft entstehen, deren Kosten vor allen Dingen diejenigen Schichten der Bevölkerung zu tragen haben, die durch Verlust oder Beschränkung ihrer Erwerbsfähigkeit auf öffentliche Hilfe angewiesen sind.

Die Sozialdemokratie ist bereit, an einer Finanzreform, die diese Ziele verfolgt, mitzuwirken. Das gilt auch für das sogenannte Sofortprogramm. Sie läßt sich dabei in erster Linie von der hohen Verantwortung leiten, die ihr durch ihre Stellung in der demokratischen Republik zugewiesen ist. Wenn sie im gegenwärtigen Augenblick zu den Grundzügen der von der Regierung propagierten Finanzreform nicht abschließend Stellung nimmt, so vor allem deswegen, weil die ungünstige Entwicklung der Finanzverhältnisse des Reiches es fraglich erscheinen läßt, ob die Voraussetzungen für eine so umfangreiche Steuerentlastung, wie die Regierung sie plant, gegeben sind. (Wahl-Rufe und Bewegung.)

Abg. v. Lindener-Wildau (Dnat. Arbeitg.): Die Leiter der deutschen Finanzpolitik haben monatelang nicht den Mut zu Entschlüssen aufgebracht oder die Entschlüsse nicht gefunden. Es besteht die

unmittelbare Gefahr, daß das Reich am 1. Januar nicht mehr Zahlungen leisten kann.

Das wahre „deutsche Wunder“ ist, daß die deutsche Wirtschaft ihren Unternahmergeist noch aufrechterhalten konnte. Jetzt endlich will die Regierung handeln. Sie geht ein, daß die bisher betriebene hohe Besteuerung der Wirtschaft falsch war und sie will die Mitbe-

Krisengefahr auch in England.

Liberalen und Konservativen gegen Bergbaugesetz.

London, 13. Dezember. (Eigener Bericht.)

Die liberale Fraktion des Unterhauses hat beschlossen, der geplanten Herabsetzung der Arbeitszeit im Bergbau grundsätzlich ihre Zustimmung zu geben, die Bergbau-Gesetzgebung an sich aber zu verwerfen. Dadurch ist für die Arbeiterregierung eine außerordentlich ernste Situation geschaffen worden.

Der kritische Tag ist der kommende Donnerstag, der in später Nachtstunde die entscheidende Abstimmung über die zweite Lesung des Regierungsentwurfs bringen wird. Das Schicksal der Regierung wird vom Charakter des konservativen Antragtrages abhängen, der am Montag in einer Fraktionsitzung beschlossen werden soll. Den Konservativen stehen zwei Wege offen: Sie können die Verwerfung des Regierungsentwurfs der Regierung ent-

weder mit der Herabsetzung der Arbeitszeit durch die Regierung begründen oder die Weigerung auf die Gegnerschaft gegen die Verkaufssyndikate stützen. Falls die Konservativen die Verwerfung des Regierungsentwurfs auf die Herabsetzung der Arbeitszeit stützen sollen, so dürfte die Krise vermieden werden, da die Liberalen einen solchen Antrag nicht unterstützen können. Im zweiten Falle ist allerdings, sofern die Konservativen Fraktionsdisziplin üben und die Liberalen geschlossen gegen die Regierung stimmen, mit einer Niederlage der Regierung und allen damit verbundenen parlamentarischen Konsequenzen zu rechnen.

Trotz dieser Perspektiven war am Freitag in parlamentarischen Kreisen die Auffassung vorherrschend, daß die drohende Krise vermieden werden wird. Es ist jedoch nicht zu verkennen, daß die kommende Woche die kritischste seit der Existenz der Arbeiterregierung sein wird.

zung durch indirekte Steuern erfolgen. Dieses Eingeständnis hat für mich historische Bedeutung. Sie gesteht ferner an, daß die Verdienstmöglichkeit dem Unternehmer gesichert bleiben muß. Damit sind die Illusionen, in bolschewistischem Sinn Wirtschaft treiben zu können, zum alten Eisen geworfen. Die Erkenntnis von der Schicksalsverbundenheit aller Wirtschaftskreise ist endlich Gemeingut geworden. Herr Silverberg hat dieses verstanden.

Unsere Entscheidung hängt nicht von der Parteizugehörigkeit des betreffenden Ministers ab, wir wollen dem Staat und der Nation dienen.

Das ist konservativ, wir nehmen dieses Wort in Anspruch, für das andere eine Art Gebrauchsmusterrecht zu haben behaupten. (Heiterkeit.) Ob dieser Staat der unsere ist, steht nicht so hoch, wie das er der deutsche Staat ist, für den wir uns mit verantwortlich fühlen und den wir von Unzulänglichkeiten befreien wollen. Unser Verfassungswesen läßt der freien verantwortungsvollen Persönlichkeit nicht genug Spielraum. Auch im Fall Dr. Schacht ist die Verantwortung wieder hinter die behauptete Unzuständigkeit des Reichsbankpräsidenten gestülpt.

Reichsminister Hermann Müller:

* Wir haben die Frage der Zuständigkeit Dr. Schachts gar nicht gestellt. Die Reichsregierung hat öffentlich nur erklärt, daß sie an der Stelle antworten wird, die zuständig ist, und das ist der Deutsche Reichstag. (Sehr richtig!) Das Memorandum des Reichsbankpräsidenten ist in der ganzen Welt aufgefacht worden oder konnte zumindest so aufgefacht werden, als ein Angriff auf die Führung des Staates, auf die nach der Verfassung zur Führung der Staatsgeschäfte verpflichtete Regierung. Da gab es nur eine Antwort, die Antwort der Reichsregierung im Reichstag. (Sehr gut! links.) Alles hätte ich erwartet, nur nicht den Vorwurf des Dr. Quast, daß die Reichsregierung dem Reichsbankpräsidenten zu scharf entgegengetreten wäre. Jeder, der meine Rede gehört hat, muß doch zugeben, daß ich die Grenzen der Loyalität in keinem einzigen Fall verletzt habe. (Sehr wahr.)

Wenn Dr. Quast auf die erst vor kurzem eröffneten Pariser Saarverhandlungen eingegangen ist, so kann ich ihm darin nicht folgen. Ueber Verhandlungen zu sprechen, von denen ein Ergebnis noch nicht vorliegt, würde diese Verhandlungen nur förmlich.

Sollten dabei französische Forderungen gestellt werden, die wir als nicht annehmbar betrachten, so werden wir das an der Stelle, auf die es dabei zunächst ankommt, mit aller Deutlichkeit sagen. In der Reichsregierung besteht zwischen allen beteiligten Parteien keine Meinungsverschiedenheit über das Saargebiet, und die ganze Welt weiß auch, daß die Saarproblematik zum Reich und zur Reichsregierung steht.

(Bedrohliche Zustimmung.) Die Rosenverträge werden Ihnen zugehen, sobald sie im Reichstag verabschiedet sind. Der Reichstag hat es dann vollkommen in der Hand, wie es dem parlamentarischen System entspricht, diese Verträge anzunehmen oder abzulehnen. Er wird dabei zu werten haben, ob er die Gründe der Regierung für diese Vertragsabschlüsse anerkennt oder nicht. Sie (nach rechts) können darin anderer Meinung sein, aber nach unserer Ueberzeugung waren es

wichtige deutsche nationalpolitische Gründe, die uns veranlaßt haben, unseren Geliebten Kaulcher zu ersuchen, auf den Abschluß dieser Verträge hinzuwirken.

Wenn Herr Quast dem Außenminister vorgeworfen hat, sein Ziel sei, Polen stark zu machen, so kann ich nur erwidern, daß die Reichsregierung zur Zeit andere Sorgen hat, als Polen stark zu machen. (Heiterkeit.)

Herr Quast hat mich wieder nach dem Brief gefragt, den ich dem Reichsbankpräsidenten im Juni nach Paris geschrieben hätte, er meint wahrscheinlich den Brief vom 3. Mai 1929. Dieser Brief übermittelte den Beschluß der Reichsregierung, und er lautet:

Die Reichsregierung hat unter Beteiligung sämtlicher Kabinettsmitglieder von dem neuen Vorschlag des Vorsitzenden der Sachverständigenkonferenz, Owen Young, Kenntnis genommen und ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß ihrer Ablehnung das Scheitern der Konferenz unmittelbar folgen würde, ohne daß die Wiederaufnahme der Verhandlungen über die wirtschaftlichen oder politischen Fragen gesichert wäre. Die Reichsregierung steht aber in einem Scheitern der Verhandlungen schwere wirtschaftliche und politische Gefahren und glaubt deshalb einstimmig, daß die Annahme der Youngschen Vorschläge unermittelbar geworden ist. Sie geht dabei von der Voraussetzung aus, daß durch die deutsche Annahme die allgemeine Einigung gesichert wäre und erwartet, daß in den Verhandlungen über das Bankschema und ein Transferratorium die deutschen Interessen gewahrt und eine Einigung erreicht wird.

Die Reichsregierung hat diesen Brief nach langen und erusten Auseinandersetzungen als Niederschlag einer Kabinettsitzung an den Reichsbankpräsidenten geschrieben und

in feiner Weise die Verhandlungsfreiheit der Sachverständigen eingeschränkt.

(Lachen und Widerspruch rechts.) Hören Sie weiter! Unterm 4. Mai habe ich einen Brief vom Reichsbankpräsidenten bekommen, der am Schluß sagt:

Ich werde weitere Nachrichten folgen lassen und bestätige den Empfang des durch das Auswärtige Amt mitgeteilten Beschlusses der Reichsregierung. Wir sind sehr davon befriedigt, daß dieser Beschluß den Sachverständigen ihre volle Handlungsfreiheit läßt. (Schaltes Hör-Hör-Hör bei der Mehrheit.) Dieser Brief ist auch von den anderen deutschen Sachverständigen unterschrieben. (Hört, hört!)

Auf die Frage des Herrn v. Lindelner-Wildau, ob ich auf Grund der neuen Sachlage in der inneren und äußeren Politik der Reichsregierung eine grundlegende Änderung für notwendig halte, erwidere ich, daß, wenn die Regierung dies für notwendig halte, ich das gestern mitgeteilt hätte. Die Reichsregierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Verhandlungen auf der Haager Schlusskonferenz zu einem Ende geführt werden sollen, das der Politik die Streilemann seit Jahren geführt hat, entspricht. (Beifall.) Wenn Herr Quast behauptet, daß die Rat der Landwirtschaft unter dem jetzigen Zollsystem katastrophal niedergehen sei, so stelle ich fest, daß es der Reichswirtschaftsminister Reubaus war, der 1925 diese Zollpolitik mit den Zwischenfällen angefangen hat. Wenn Sie deswegen Vorwürfe erheben, so sollten Sie lieber rufen: mea culpa, mea maxima culpa! (Sehr gut! links. Murren rechts.) Uebrigens werden wir uns ja kommende Woche bei der Zollberatung wiedersehen. Keine Regierung in den letzten zehn Jahren hat soviel für die Hebung der Landwirtschaft getan, als diese Regierung. Sie hat u. a. die Verträge in feste Bindung übergeführt, deren Abschluß die Unterstützung der Deutschnationalen gefunden hat. Herr Quast spricht immer von „Jahren“. Sie waren doch in dieser Zeit auch in der Regierung! Herr Quast versichert, die deutschnationalen Minister hätten im Kabinett die Außenpolitik Streilemanns bekämpft. Leider hat Herr Quast nicht bemerkt, daß die Reichsregierung zur Berücksichtigung der damaligen Kabinettspropositionen aufzufordern. (Heiterkeit.) Ich würde einen solchen Antrag ruhig im Kabinett debattieren lassen! Es steht fest, daß

Streilemann die gleiche Außenpolitik wie sonst auch damals vertreten hat, als 1925/1927 Sie im Kabinett waren, und trotzdem Sie im Kabinett die Außenpolitik bekämpft haben.

Uebrigens ein schöner Zustand für eine Koalitionsregierung! (Sehr gut! links. Zurufe rechts.) Was uns angeht, so haben wir doch jetzt bewiesen, daß wir uns in den schwierigsten Fragen einig sind! Es ist fest, daß Sie (nach rechts) mehr als einmal die Außenpolitik Streilemanns hier gebilligt haben, und deshalb müßte kein Regen Ihre Verantwortung für die Außenpolitik von Ihnen ab! (Beifall links und in der Mitte.)

Um 6 Uhr abends verläßt das Haus die Weiterberatung auf heute Sonnabend, 11 Uhr mittags, außerdem mehrere Vorlagen.

Das Kassendefizit.



„Lieber Drache, friß mich nicht. Außer Bier und Tabak kann ich Dir nichts anbieten!“

Regierungserklärung in Prag.

Nach Entfernung der Radaumacher.

Prag, 13. Dezember. (Eigenbericht.)

Im Abgeordnetenhause veranstalteten die Kommunisten während der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten große Vandalen. Da alle Ordnungsrufe vergeblich waren, sah sich das Präsidium gezwungen, sämtliche anwesenden 23 Kommunisten von fünf Sitzungen auszuschließen und ihnen für einen Monat die Diäten zu entziehen. Vier der Ausgeschlossenen weigerten sich, den Saal zu verlassen. Sie wurden deshalb durch Polizei erzwungen.

Im Senat veranstalteten die Kommunisten ähnliche Szenen, so daß auch hier vier Kommunisten ausgeschlossen werden mußten. Einer davon mußte förmlich herausgetragen werden. Erst dann konnte der Ministerpräsident die Erklärung in Ruhe vorlesen.

Ihre wichtigste Aufgabe erblickt die Regierung darin, den Folgen der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken. Das Schutzwesen soll ohne Unterschied der Sprache weiter ausgebaut werden. Ferner wird die Herabsetzung der militärischen Dienstzeit von 18 auf 14 Monate schon für allernächste Zeit angeordnet. Außenpolitisch will das neue Kabinett den bisherigen Kurs mit dem

Ziele der Konsolidierung Europas und der Verständigung mit dem Verbündeten und den Nachbarstaaten fortsetzen.

Schon tagsüber hatten die Kommunisten sich durch Radaumachen um eine gute Sittennotiz in Prag bemüht. In seiner ersten Sitzung wählte das neugewählte tschechische Abgeordnetenhause den bisherigen Kammerpräsidenten Rajpeter (sch. Kar.) zum Präsidenten. Vizepräsidenten wurden ein tschechischer Sozialdemokrat und ein deutscher Sozialdemokrat (Partei-sekretär Genosse Laub), außerdem ein deutscher Landwirt, so daß das Haus zum ersten Male zwei Deutsche im Präsidium zählt. Die deutschen und die slowakischen Sozialisten verließen das Plenum vor der Abstimmung, weil ihnen ein Vizepräsident nicht zugestanden wurde. Im Senat wurde der tschechische Sozialdemokrat Soukup zum Präsidenten gewählt. Vizepräsident wurde der deutsche Sozialdemokrat Dr. Heller.

Im Abgeordnetenhause stellte sich auch die neue Regierung vor. Ministerpräsident Ubrzal nahm unter andauerndem Gedrüll der Kommunisten die Verteidigung der Abgeordneten bzw. Senatoren vor.

Silberding sucht um Kredite nach.

Zur Deckung der Fehlbeträge von 1928 und 1929.

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag einen Gesetzentwurf über Erteilung einer Kreditermächtigung vorgelegt. Abgegeben von den Ermächtigungen, die bereits der Etat für 1929 erteilt, soll der Finanzminister ermächtigt werden, einen Betrag bis zu 465 Millionen im Wege des Kredits zu beschaffen. Mit dem Inkrafttreten des Nachtragsplans, der mit dem Young-Plan zusammen vorgelegt werden soll, tritt diese Regelung wieder außer Kraft. Die Kreditermächtigung soll zur Deckung der Fehlbeträge von 1928 und 1929 verwendet werden.

Der Betrag von 465 Millionen entspricht der Erleichterung, die nach Annahme des Young-Plans nachträglich für den Haushalt 1929 eintritt, und die nach den Vorschlägen der Regierung ohnehin zur Deckung dieser Fehlbeträge dienen soll. Durch den Nachtragshaushalt soll diese Frage endgültig geregelt werden. Im Falle der Annahme des Young-Plans, so heißt es in der Begründung, werden die auf Grund der Ermächtigung gegebenen Kredite aus den dementsprechend zur Verfügung stehenden Beträgen von rund 465 Millionen zurückgezahlt bzw. verrechnet. Im Falle der Ablehnung des Young-Plans werde durch den Nachtragshaushalt für die Fehlbeträge auf andere Weise Deckung beschafft werden müssen.

Die Zollvorlage.

Regierung gegen Reichsrat.

Der vom Reichsrat verabschiedete Gesetzentwurf über Zolländerungen ist jetzt auch dem Reichstag zugegangen. Die Änderungen, die der Reichsrat vorgenommen hat, sind im Gegenstoß zu der sonstigen Gepflogenheit nicht in die Vorlage hineingearbeitet worden, sondern als besondere Vorlage daneben eingebracht. Die Regierung hält damit in allen wesentlichen Punkten ihre Vorlage aufrecht.

Die Reichsregierung erklärt in der Begründung, daß sie den Beschlüssen des Reichsrats nicht beitreten könne. Soweit es sich um Erhöhung von Zöllen handle, die bereits in Handelsverträgen gebunden oder herabgesetzt seien, müsse der Grundsatze nach, daß eine Ränderung dieser Handelsverträge nicht in Betracht kommen könne. Die Erhöhung dieser Zölle würde daher nicht praktisch werden können. Soweit die Beschlüsse auf Erhöhung von Zöllen abzielen, die bisher handelsvertraglich nicht herabgesetzt worden seien, müsse in Betracht gezogen werden, daß diese Industriezweige bislang einen unverminderten Zollschuß genossen haben und daher gegenüber anderen Industrien bisher schon einen Vorteil genossen. Diesen Vorteil durch Herabsetzung der Zölle jetzt noch zu vergrößern, erscheine nicht gerechtfertigt.

Lardieu provoziert die Kammer.

Er verläßt sie beim Senat.

Paris, 13. Dezember. (Eigenbericht.)

Am Freitag abend kam es in der Kammer zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen Lardieu und den Linksparteien.

Im Senat hatte sich Lardieu darüber beklagt, daß die Kammer ihm ständig Schwierigkeiten bereite, „als ob man beständig in der Wahlperiode wäre und die Abgeordneten das zwingende Bedürfnis hätten, die Regierung täglich in den Hintertisch zu locken“. Er protestierte weiter über die allzu große politische Leidenschaft der

Abgeordneten, die „in der Mehrheitsbildung einen Selbstzweck zum Schaden der praktischen Politik“ sähen. Schließlich forderte Lardieu den Senat auf, ihm „durch seine Sympathien zu helfen“ — gegen die Kammer!

In der Kammer hat diese Leistung schärfsten Protest ausgelöst, zumal sie das Vorrecht der Kammer vor dem Senat verlegt. Der sozialistische Abgeordnete Frossard brachte eine Interpellation ein, da man die unparlamentarische Haltung des Regierungschefs vor dem Senat nicht zulassen könne. Es handelte sich um einen Akt der Autokratie, den sich die Kammer nicht bieten lassen dürfe.

In der weiteren Debatte über das Heeresbudget erklärte Kriegsminister Maginot, daß die tägliche Fleischration der Soldaten um 10 Gramm erhöht werden soll. Im übrigen solle die Zubereitung der Kasernenkost eine wesentliche Besserung erfahren.

Spaltung in der Kuomintang.

Der linke Flügel ausgeschlossen.

London, 13. Dezember. (Eigenbericht.)

Aus Schanghai wird gemeldet, daß die seit langem bekannnten Schwierigkeiten zwischen dem rechten und linken Flügel der Kuomintang, der chinesischen Nationalpartei, nunmehr zu einem offenen Bruch zwischen der allmächtigen Zentralkommission der Partei und Wangschingwei, dem Führer der Linken und Hauptgegner der Regierung von Nanking, innerhalb der Kuomintang geführt haben. Wang ist mit vier anderen Persönlichkeiten aus der Partei ausgeschlossen worden. Sämtliche fünf linken Führer werden fleckbrieflich verfolgt. Die Spaltung dürfte das Signal zu einer verstärkten Tätigkeit der mit dem regierenden rechten Flügel der Partei unzufriedenen Linken bilden.

Festigung der Stellung Tschiangkai-scheks?

Nanking, 13. Dezember. (Reuter.)

Die letzten Ereignisse deuten darauf hin, daß die Lage der Regierung günstiger ist, als es nach vor zwei Tagen den Anschein hatte. Der Beschluß der Zentrale der Kuomintang, den Führer des nationalistischen linken Flügels Wangschingwei aus der Partei auszuschließen, und die Veröffentlichung des Telegrammwechsels zwischen Tschiangkai-schek und dem Gouverneur der Provinz Schansi, Penjschan, der seine Loyalität gegenüber Nanking zum Ausdruck bringt, werden hier als Beweis dafür betrachtet, daß von dem angekündigten Zusammenbruch der Nankingregierung keine Rede sein könne. Alle Nachrichten deuten darauf hin, daß die Regierung nördlich von Kanton einen Sieg davongetragen hat und den Feldzug gegen den in Honan rekonkurierenden General Tangkengtschi aktiv vorbereitet.

Kriegshandlungen in der Mandschurei.

Mulden, 13. Dezember.

Wie amtlich mitgeteilt wird, sehen die Russen ihre militärischen Operationen fort. Sie haben die chinesischen Stellungen bei Tokots im Chingangebiete angegriffen und bombardiert.

Der Abgeordnete Lindelner-Wildau ist inzwischen auch aus der Deutschnationalen Partei ausgeschieden. Mehrere Ortsgruppen seines Wahlkreises Hessen-Rosslau sind ihm geschlossen gefolgt und haben die Deutschnationalen Partei ebenfalls verlassen.

Unsoziale Sanierung.

Keine Zwangsanleihe mehr bei der Invalidenversicherung!

Der Vorsitzende des Reichsverbandes Deutscher Landesversicherungsanstalten hat in einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium mit besonderem Nachdruck vor einer Wiederholung der Zwangsanleihe bei der Invalidenversicherung gewarnt. Zur Rechtfertigung seines Schrittes erklärt er, daß derartige Absichten im Reichsfinanzministerium bereits erörtert worden seien, obwohl das Reichsarbeitsministerium deutlich genug zu verstehen gegeben habe, daß es weder für eine Wiederholung der Zwangsanleihe noch für eine Erhöhung ihres diesjährigen Betrages zu haben sei. Wie hat sich seit der Durchführung der Zwangsanleihe die Lage der Invalidenversicherung gestaltet? Durch die Entnahme der Zwangsanleihe in Höhe von rund 164 Millionen haben die Versicherungsanstalten dieses Jahr in gleichem Umfang den Arbeiterwohnungsbau nicht fördern können. Die Bedingungen, die für die Anleihe bei den Versicherungsanstalten festgelegt worden sind, stehen grell ab von den Bedingungen, die das Reich den Privatbanken bei dem von ihm aufgenommenen Darlehen gewährte. Die monatlichen Einnahmen der Träger der Versicherung waren auf durchschnittlich 95 Millionen Mark geschätzt worden. In den ersten sieben Monaten des Jahres wurde dieser Betrag nicht erreicht und es entstand eine Mindereinnahme von 56 Millionen Mark.

Die Lasten der Versicherung sind gestiegen. Nach dem neuen Gesetz vom 12. Juli d. J. wurde die zu erwartende Mehrbelastung für die Träger der Versicherung auf rund 50 Millionen Mark pro Jahr geschätzt; das Reichsversicherungsamt bezifferte die Mehrbelastung aus dem Gesetz später jedoch auf 63 Millionen Mark. Die Zahl der Neuanträge und Neufestsetzungen von Renten ist nach dem neuen Gesetz über Erwarten stark in die Höhe

gegangen. Die Mehrkosten nach dem Infirmitätsgesetz sollen zwar nicht aus den bisherigen Einnahmen, sondern aus neuen Einnahmequellen der Versicherungsanstalten gedeckt werden.

Der Reichstag rechnete nach der Leg. Brüning für die Versicherungsanstalten im ersten Jahre mit einem Ueberschuß aus der Lohnsteuer in Höhe von etwa 45 Millionen Mark. Das Reichsfinanzministerium glaubt aber nicht, daß die Lohnsteuer den danach notwendigen Betrag von 1420 Millionen Mark im Rechnungsjahr 1929 erreicht, da infolge der Arbeitslosigkeit die Einnahmen aus der Lohnsteuer zurückgingen. Dazu kommt, daß der Antrag Brüning überhaupt noch nicht endgültiges Gesetz ist, denn im Gegensatz zum Reichstagsbeschlusse über die fünfjährige Gültigkeit war der Reichsrat nur für eine zweijährige. Noch fehlt der endgültige Beschluß eines dem Antrag Brüning entsprechenden Gesetzes, und die Versicherungsanstalten sind daher gezwungen, die Mehrkosten des Infirmitätsgesetzes einstmals aus ihren bisherigen Mitteln zu decken, und zwar Mehrkosten, die höher sind, als die Schätzungen des Reichstages. Wenn nun schließlich auch noch eine grundlegende Änderung der Lohnsteuer eintritt, wenn das steuerfreie Einkommen heraufgesetzt wird, dann muß sich der von der Leg. Brüning in Aussicht genommene Ueberschuß aus der Lohnsteuer zugunsten der Invalidenversicherung völlig verflüchtigen. Für die Mehrkosten aus der Leg. Brüning wäre dann überhaupt keine Deckung vorhanden.

Es ist durchaus begreiflich, wenn der Reichsverband Deutscher Landesversicherungsanstalten auf baldige Auszahlung der 40 Millionen Mark Zolleinnahmen (nach dem § 7 des Zolländerungsgesetzes) und auf Schadloshaltung der Invalidenversicherung durch die Angestelltenversicherung wegen der Ausdühlung des Versichertentums in der Invalidenversicherung drängt.

Oesterreich-Deutsche Angleichung.

Arbeitsausschuß für gewerkschaftliche Beamtenpolitik.

Dem Allgemeinen Deutschen Beamtenschaftsbund und dem freigewerkschaftlichen Bund der öffentlichen Angestellten Oesterreichs ist, nachdem bereits vorher die zuständigen Verbandskörperschaften einer engeren Zusammenarbeit zwischen den deutschen und österreichischen Beamtenschaftsorganisationen zugestimmt hatten, in einer Konferenz die Einsetzung eines „Oesterreichs-deutschen Arbeitsausschusses für gewerkschaftliche Beamtenpolitik“ beschlossen worden. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenschaftsbundes hat nunmehr der Bildung dieses Arbeitsausschusses und dem in Aussicht genommenen Programm seine grundsätzliche Zustimmung erteilt. Aufgabe des Arbeitsausschusses soll es sein, die Entwicklung der rechtlichen, materiellen und gewerkschaftlichen Verhältnisse der öffentlichen Beamten in Deutschland und Oesterreich zu bearbeiten. Insbesondere soll sofort die eingehende Sachbearbeitung des Beamtenrechts in Angriff genommen werden. Mit den vorbereiteten Arbeiten sind auf deutscher Seite Reichstagsabgeordneter Falkenberg und Dr. Bülter, auf österreichischer Seite Nationalrat Sanicli und Zentralsekretär Dorner beauftragt worden.

Urwahl bei den Buchdruckern.

Kommunistischer Vorstoß in der Generalversammlung.

In der Generalversammlung der Berliner Buchdrucker am Donnerstag im Gewerkschaftshaus suchten die Kommunisten ihre vor kurzem bei den Delegiertenwahlen erlittene Niederlage durch einen Vorstoß mit allen Mitteln wieder weitzumachen. Zu Beginn der Versammlung beantragten sie, die Galerien freizugeben, was von der großen Mehrheit der Versammlung mit Rücksicht auf die kommunistischen Tumulten in der letzten Generalversammlung abgelehnt wurde.

Nach dem Geschäftsbericht des Bauvorsitzenden Braun zählte der Berliner Bau am 12. Dezember 16025 Mitglieder. Im Laufe des Jahres war eine Zunahme von 800 Mitgliedern zu verzeichnen.

Das abgelaufene Geschäftsjahr stand ganz im Zeichen der Wirtschaftskrise. Der höchste Arbeitslosenstand wurde im Oktober erreicht. In der letzten Woche waren 1539 Mitglieder erwerbslos. Der Bauvorsitzende habe alles getan, was tariflich und organisatorisch möglich war, um die Wirkungen der Arbeitslosigkeit zu mildern.

Im Januar wird in Berlin eine Bauvorsitzendertagung abgehalten. Die kommenden Manteltarifverhandlungen werden zu einer scharfen Auseinandersetzung mit den Unternehmern führen. Im Vordergrund steht die Forderung der Organisation auf eine allgemeine Herabsetzung der Arbeitszeit zum Zwecke der Einreihung von Arbeitskräften in den Produktionsprozeß.

Die Aussprache wurde von den Kommunisten zu einer wüsten Beschimpfung aller nicht zur SPD. gehörenden Buchdrucker ausgenutzt. Der nach Berlin zurückgekehrte Walter Wolf machte sich an, im Namen von 5000 Berliner Buchdruckern eine politische Brandrede zu halten, während ein anderer Kommunist sogar 6000 Buchdrucker zu vertreten vorgab. Von Rednern der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung und von Braun wurden die Angriffe und Verleumdungen zurückgewiesen.

Gegen wenige Stimmen wurde ein Antrag angenommen, der dem Bauvorsitzenden für die geleistete Arbeit die Anerkennung ausspricht. Der bisherige Bauvorsitzende wurde zur Wieder-

wahl vorgeschlagen. Da die Kommunisten für ihre Kandidaten, mit Wolf als 1. Vorsitzenden, mehr als 50 Stimmen Unterstützung erhielten (etwa ein Zehntel der Versammlungsteilnehmer) muß eine Urwahl vorgenommen werden. Diese erfolgt in der kommenden Woche, und zwar für den 1. und 2. Vorsitzenden, für den Kassierer und für die Sekretäre.

Wie alljährlich, wurde auch diesmal einstimmig die Zahlung von Weihnachtsgeldern beschlossen. Es erhalten: Arbeitslose, die bis 149 Beiträge geleistet haben, 10 M.; über 150 Beiträge 15 M.; Invalide und Kranke, die über 26 Wochen krank sind, 10 M.; den Ausgeschickten wird außerdem eine Ertraunterstützung von 25 M. gezahlt.

Achtung, SPD-Buchdrucker! Montag, 16. Dezember, ab 16 Uhr, im Lokal „Zum Mohren“, Jerusalemstr. 9 (gegenüber Rosse-Haus), Ausgabe wichtigen Materials für die Urwahl zum Bauvorsitzenden. Jeder Betrieb muß Material abholen lassen. Der Fraktionsvorsitzende.

Die Feuerwehr will zum Gesamtverband

Außerordentlicher Verbandstag.

Der Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner begann Freitag im Berliner Gewerkschaftshaus seinen 13. außerordentlichen Verbandstag, der über den Anschluß an den „Gesamtverband“ beschließen soll. Außer den Vertretern des Verbandsvorstandes und -ausschusses, den Vorsitzenden der Bezirksverbände und den zahlreichen Vertretern der befreundeten Organisationen sowie der Sozialdemokratischen Partei nahmen an der bedeutungsvollen Tagung 37 Delegierte aus dem gesamten Reichsgebiet teil.

Nach den Begrüßungsansprachen des Genossen Rohrer vom ADW. und des Genossen Knoll vom ADWB. ergriff der Verbandsvorsitzende Genosse Großmuss das Wort zu dem wichtigsten Punkt der Tagesordnung, der Anschlußfrage. Er zeigte in seinem Referat die Entwicklung des Verbandes auf und betonte in diesem Zusammenhang, daß der Anschluß an den Gesamtverband im Vertrauen auf die dadurch erzielte Stärkung der gewerkschaftlichen Macht erfolgen müsse.

Der Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner, in der Vorkriegszeit aus der Not der Angehörigen des Feuerwehrberufs geboren und von den leitenden Beamten der deutschen Berufsfeuerwehren auf das schärfste bekämpft, habe Anhänger bei allen deutschen Berufsfeuerwehren gewonnen. In der Nachkriegszeit waren in ihm 96 Proz. des Feuerwehrpersonals organisiert. Trotz der bedauerlichen Abspaltung einzelner Mitglieder im Jahre 1921, die auf Grund des Anschlusses an den ADWB. im Jahre 1921 erfolgte, hat der Verband weiterhin wirkungsvoll die Interessen der Berufsfeuerwehrlaute vertreten. Die wichtigste Aufgabe des Verbandstages sei, die Zusammenarbeit mit den Arbeitern und Angestellten auszubauen, da nur in der gemeinsamen Front mit ihnen die Angriffe der Wirtschaft und Industrie auf die Arbeitnehmerschaft erfolgreich abgewehrt werden könne.

Den Eigenheiten des Feuerwehrberufes trage die Sonderfahrgeldrechnung, die der bisherigen Berufsorganisation auch im Gesamtverband das notwendige Eigenleben sichere. Er erwartet deshalb, daß der Zusammenschluß nicht nur mit der von der Ortsgruppe Hamburg geforderten Dreiviertelmehrheit, sondern mit einer weit größeren Mehrheit beschlossen werde.

In der Aussprache wurde von den meisten Delegierten erklärt, daß zwar noch bei einem Teil der Mitglieder Bedenken gegen

den Anschluß vorhanden seien. Eine Urabstimmung sei jedoch nicht notwendig, weil der Anschlußwille in den Ortsgruppenversammlungen deutlich genug zum Ausdruck gekommen sei. Lediglich ein Delegierter aus Hamburg hielt die Urabstimmung trotz der bereits bekannten Meinung der Mitglieder für notwendig. Die Abstimmung, die zwar erst am Sonnabend nach dem Schlußwort des Verbandsvorsitzenden erfolgt, wird ohne Zweifel gegen ganz wenige Stimmen den Anschluß an den Gesamtverband ergeben.

Bolschewistische Berichterstattung.

Schimpfen ist die Hauptsache.

Am Sonntag veröffentlichte die „Rote Fahne“ u. a. eine ihrer üblichen und üblen Schimpfnotizen. Ohne jede Nachprüfung erzählte sie eine Räubergeschichte, wonach vom Reutlinger Arbeitsnachweis 120 Frauen für Statistenarbeit nach der Filmfabrik Oberlandstraße 35 vermittelt worden seien. Dort hätten sie bei zehnstündiger Arbeitszeit ohne Sittlichkeit bei einer Mittagspause von 15 Minuten schwer arbeiten müssen, außerdem wäre den Frauen, die Rothfäulunterstützung bezogen, diese ganz entzogen worden, obwohl man das Gegenteil versprochen hätte.

Wie uns einige Frauen mitteilen, sind alle diese Angaben falsch. Es gab reichlich Sitzgelegenheit, Arbeitszeit am ersten Tag acht, am zweiten fünf Stunden, Mittagspause 45 Minuten. Die Behandlung war sehr human. Den Frauen, die Unterstützung bezogen, ist vorher vom Arbeitsamt mitgeteilt worden, daß ein Teil der Unterstützung entsprechend den geschiedenen Vorarbeiten in Anrechnung gebracht wird. So wurden z. B. einer der Frauen, die — die „Rote Fahne“ berichtigt ja doch nicht — um Veröffentlichung der Richtigstellung bittet, von 9,87 M. Unterstützung 3,07 M. angerechnet, nachdem sie in zwei Tagen 16 M. verdient hatte.

Die Frauen bitten uns besonders deshalb um die Veröffentlichung dieser Richtigstellung, weil der Regisseur erklärt habe, er wolle sich nicht wieder durch die Gasse schleifen lassen und werde deshalb vom öffentlichen Arbeitsnachweis Ausschikfräfte nicht mehr beziehen.

Daß die „Rote Fahne“ Richtigstellungen nicht bringt, ist durchaus verständlich. Jede zweite Nummer müßte angefüllt sein mit Richtigstellungen der vorhergehenden Nummer. Außerdem ist „bolschewistische Art“ nicht herausstellen der Tatsachen im Interesse der Arbeiterklasse, sondern Hauptsache ist schimpfen und verleumden, auch wenn die Arbeiter dadurch geschädigt werden.

Um den Tarif der Reichs- und Staatsarbeiter.

Warnung vor wilden Kontrollausschüssen.

Die Tarifkommission der Reichs- und Staatsarbeiter im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband hat dieser Tage unter Hinzuziehung von Vertretern des Verkehrsverbundes zur Frage der Kündigung des mit der Reichsregierung abgeschlossenen Tarifvertrages für die Arbeiter bei den Reichsverwaltungen Stellung genommen. Der Tarifvertrag ist, wie der Leiter der Reichs- und Staatsarbeiterabteilung im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, Stetter, ausführte, in seiner jetzigen Fassung auf die Dauer unhalbar. Doch nie sei eine derartige Fülle von Klagen und Beschwerden eingelaufen wie zur Zeit. Günstiger lägen die Verhältnisse beim preußischen Staat; aber auch in Preußen werde das Verlangen der Mitglieder nach Revision des Tarifvertrages von Tag zu Tag stärker.

In der Aussprache wurde an den Auswirkungen der einzelnen Paragraphen des Vertrages scharfe Kritik geübt. In der einstimmig angenommenen Entscheidung heißt es:

„Die Tarifkommission ... erblickt in dem augenblicklichen Verhalten sogenannter wilder Kontrollausschüsse, wie sie in den preussischen Justizbehörden gegründet wurden, eine schwere Schädigung des gewerkschaftlichen Gedankens und fordert daher alle Staatsarbeiter auf, falschen Lockungen keinerlei Folge zu leisten. Die Kommission beschließt, mit der Reichs- und preussischen Staatsregierung unverzüglich in Verhandlungen zur Revision der Manteltarife einzutreten. Sie erwartet von beiden Regierungen, daß sie zu Verhandlungen bereit sind und daß bei der Durchführung der Finanzreform auch auf die in den Reichs- und Staatsbetrieben noch sehr mangelhaften Lohnsätze Rücksicht genommen wird.“

Die Zahl der Arbeitslosen in Polen betrug nach amtlichen Angaben am 30. November 126544, was gegen den Oktober ein Zuwachs um 11089 bedeutet.

Achtung, SPD-Bolzarbeiter! (Geist, Karbwehen, Gefährden, Webbing, Raub). Sonntag, 16. Uhr, im Lokal von Sasse, Endower Straße 20, wichtiges Versammlung aller SPD-Genossen des Bezirks. Es wird um vollständiges Erscheinen gebeten. Der Verbandsvorsitz.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin.

Arbeitslose Mitglieder des Spreng- und Bewegungsbundes. Am Montag, den 16. Dezember, 19 Uhr, im Saal XI des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 24-25. Ende des Chorwerkes für die Winterferien. — **Wohltätigkeitskonzert:** Am Montag, den 16. Dezember, 19 Uhr, im Jugendheim des Deutschen Verkehrsverbundes, Engelstr. 24-25. Aufnahme 8 parterre, Zusammenkunft der Wohltätigkeitskonzerte. — **Achtung, Gruppenleiter!** Die Weihnachtsfeier für 1929 sind einzuleiten und in der Spreekantine am 20. Dezember in der Jugendzentrale abzugeben.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anaeffellen

Volkskassenkurs im Jugendheim Rüter Str. 15-19. Beginn 20 Uhr.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: R. A. Böhm; Politik und Sanftmut: Frau Karstadt; Variation: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermann-Berlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Hermann-Berlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68. Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“

Kaiser's Fest-Kaffee

IM GESCHENKBEUTEL · AUSGEWÄHLTE MISCHUNGEN



DAZU GRATIS UNSERE WEIHNACHTSGABE
Kaiser's feinste Weihnachts-Schokolade

Beim Einkauf von 1 Pfd. und 1/2 Pfd. Kaffee

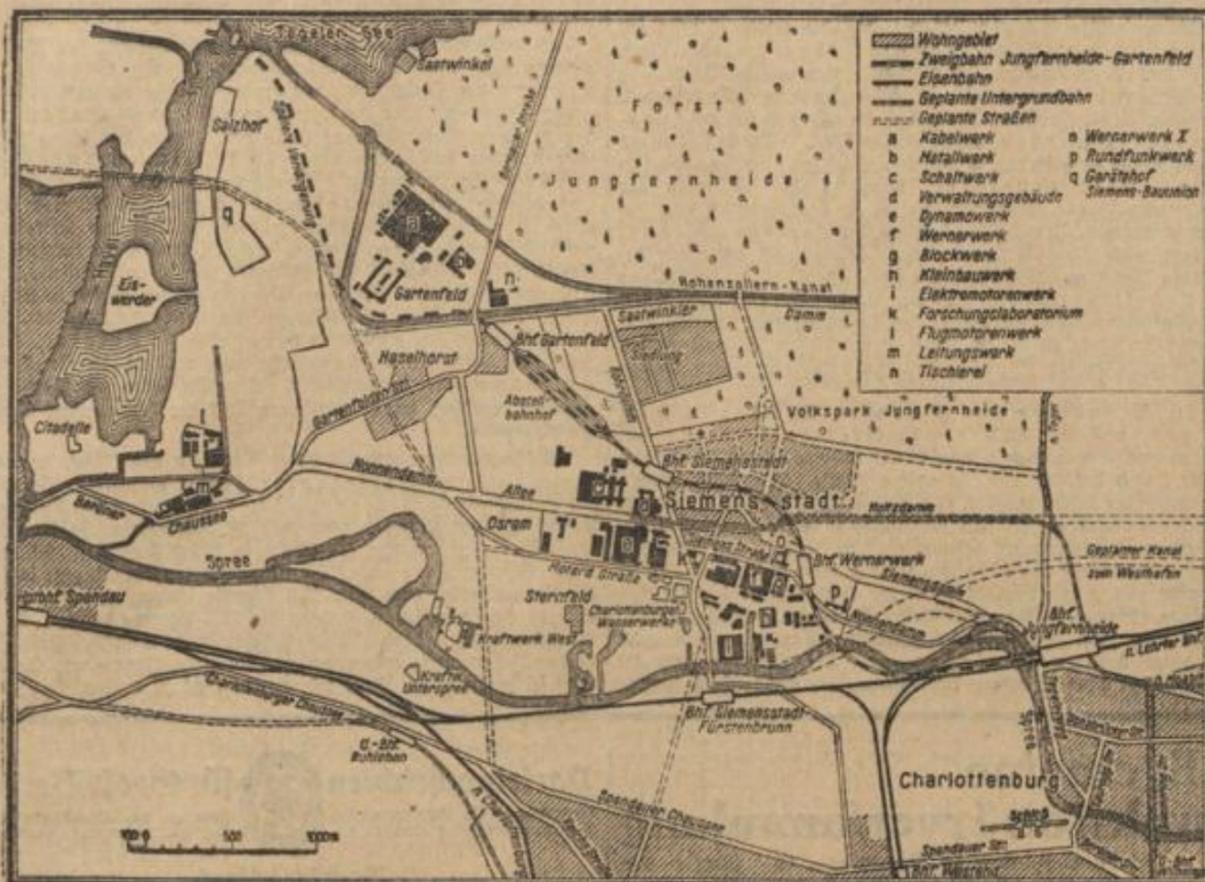


5% RABAT
IN MARKEN (ZUCKER AUSGESCHLOSSEN)

KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT

ÜBER 1000 FILIALEN

Die neue Bahn nach Siemensstadt.



Lageplan der Siemens-Bahn.

Gestern fand für Vertreter der Behörden, der Reichsbahn und der Presse eine Besichtigungsfahrt auf der neuen Zweigbahn Jungfernheide-Gartenfeld statt. Wie wir bereits im 'Abend' mitteilten, findet die Inbetriebnahme der neuen Arbeiterlinie am 18. Dezember statt.

Der An- und Abtransport der Belegschaft der Siemens-Werke — über 60 000 Personen — bedeutet eine derartige Spitzenbelastung der Verkehrsmittel, daß trotz der in der Nachkriegszeit vorgenommenen Verbesserung der Straßen und Straßenbahnanlagen unerträgliche Beförderungserhältnisse besonders im Winter entstanden waren. Eine erhebliche Verbesserung durch weiteren Ausbau der vorhandenen Verkehrsmittel war nicht mehr möglich. Die von den Siemens-Werken in eigener Regie im Einvernehmen mit der Reichsbahn erbaute Bahn zweigt in direkter nordwestlicher Richtung aus dem Bahnhof Jungfernheide des Nordrings ab. Ueber die weitere Anführung der Bahn, deren Eisenkonstruktionen überall einen freundlichen Mauer-Anspruch aufweisen, haben wir bereits kurz berichtet. Nach Norden abschwenkend, erreicht die Bahn nach einer zweiten Ueberkreuzung der Spree an der Grenze der Bezirksämter Charlottenburg und Spandau das Gelände der Siemens-Werke. Hier ist eine große Brücke mit zwei Öffnungen von 52 und 70 Meter Spannweite geschlagen worden, die den geplanten Durchstich von der Spree zum Westhafen für die Weiterführung des Mittelaltkanals nach

Berlin und der damit hier notwendigen Anlage einer großen Schleuse und der Verlegung des Flußlaufes Rechnung trägt. Ein 800 Meter langer eiserner Brückenzug führt über das Werkgelände und die Straßen hinweg zu der geplanten Hauptverkehrsstraße, dem Holzdamen, der die Seefähigkeit mit der Nonnendammallee in Siemensstadt verbinden soll. In diesen Bahnhöfen ist der Bahnhof 'Bernmerwerk' eingebaut. Der nächste Bahnhof — 'Siemensstadt' — liegt über dem Holzdamen und besitzt ebenso wie 'Bernmerwerk' zwei Ausgänge, von denen der westliche in gleicher Weise für den Berufsverkehr aus dem unmittelbaren Nähe gelegenen Hauptverwaltungsgelände, dem Schaffwerk mit dem Hochhaus und dem Dynamowerk eingerichtet ist. Nach dem Verlassen dieses Bahnhofs senken sich die Gleise allmählich, umfahren einen großen Abstellbahnhof, auf dem die für die Verdichtung des Berufsverkehrs erforderlichen Züge aus- und wieder eingeleitet werden und der durch auf zwei je 20 Meter hohen Masten aufgestellte Scheinwerfer beleuchtet wird, und münden in Straßenhöhe im Endbahnhof Gartenfeld. Den erforderlichen Triebstrom der etwa 4,7 Kilometer langen Bahn liefert ein am Bahnhof Siemensstadt erbautes Gleichrichterwerk nach Umwandlung des vom Hauptkraftwerk Halensee kommenden hochgespannten Drehstroms.

Die Fertigstellung der neuen Linie, die insgesamt einen Kostenaufwand von rund 14 Millionen Mark erfordert, wird von den

Siemens-Arbeitern und Angestellten sehr begrüßt. Die erholungsbedürftige Bevölkerung des Nordwestens wird die neue elektrische Bahn dazu benutzen können, auf schnellstem Wege zu dem schönen städtischen Volkspark Jungfernheide zu gelangen.

Schalldach plötzlich gestorben.

Bei der Vernehmung tot zusammengebrochen.

Der volksparteiliche Stadtverordnete und Leiter der Berliner Ansehungs-Gesellschaft, Obermagistratsrat Schalldach, ist gestern nachmittag bei einer Vernehmung durch den Disziplinar-Kommissar Dr. Tapolsti von einem Herzschlag betroffen worden. Obermagistratsrat Schalldach, gegen den im Zusammenhang mit der Skarel-Affäre ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden war, war am gestrigen Freitag abermals von Oberregierungsrat Dr. Tapolsti zur Vernehmung geladen worden. Gegen 18 Uhr, als die Vernehmung nur etwa drei Minuten im Gange war und Obermagistratsrat Schalldach sich zu einigen Fragen geäußert hatte, sank er plötzlich, von einem Herzschlag getroffen, leblos um.

Im Oberpräsidium und im Amtszimmer des Oberregierungsrats Dr. Tapolsti rief der jähe Tod des Obermagistratsrats eine begreifliche Erregung hervor. Man benachrichtigte einen Arzt, der nur noch den Tod konstatieren konnte, und vom Oberpräsidium aus wurde dem Magistrat von dem bedauerlichen Vorfall in Kenntnis gesetzt. Obermagistratsrat Schalldach befand sich im Alter von etwa 50 Jahren. Wie Dr. Tapolsti erklärte, bot die gestrige Vernehmung keinerlei Anlaß für eine besondere Erregung des Obermagistratsrats Schalldach. Der Geladene hatte sich, da man am Anfang der Vernehmung war, erst in einigen kurzen Sätzen zu den zur Erörterung stehenden Punkten geäußert, als er plötzlich mit der Hand nach der Brust griff und vom Stuhl sank. Ueber den Stand des bisherigen Untersuchungsverfahrens erklärte Dr. Tapolsti nicht in der Lage zu sein, sich äußern zu können, er betonte aber, daß gegen Obermagistratsrat Schalldach keinerlei persönliche Vorwürfe in der Richtung bestanden hätten, daß er etwa, wie andere in die Skarel-Affäre verwickelte Personen, Gelder angenommen habe.

Nach einer W.B.-Nachricht soll das Disziplinarverfahren gegen Schalldach bereits vor der Niederschlagung gestanden haben, da sich herausgestellt haben soll, daß an Schalldach die 1000 Mark, die man ihm anfangs als Bestechungsgelder zur Kost legte, auf Beschluß des Aufsichtsrats mit Wissen des Oberbürgermeisters Böß gezahlt worden waren.

Nächste Stadtverordnetenversammlung am 19. Dezember.

Der Altersvorsitzer der Stadtverordnetenversammlung, Genosse Tempel, hat die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung auf Donnerstag, den 19. Dezember, einberufen. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl des Stadtverordnetenvorsethers und dreier Stellvertreter, dann die Wahl der sechs Beisitzer und ihrer Stellvertreter. Es folgen die Wahlen für die ständigen Ausschüsse usw. Anschließend enthält die Tagesordnung die der Stadtverordnetenversammlung zugegangenen neuen Vorlagen und zum Schluß 23 Anträge, die die Fraktionen der Versammlung neu gestellt haben.

Die Ziehung der Arbeiterwohlfahrts-Cottette ist in der nächsten Woche am 18. und 19. Dezember. Wo sie sind in der Buchhandlung Dieck, Lindenstraße 3, und in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft, Dranienplatz und Reinickerdorfer Straße zu haben.

Dannals Roman von Ivan Keilbut

Sie sahen nach dem Abendessen unter den prachtvollen Kronleuchtern am Tisch. Sie sprachen nichts, sie waren einzeln für sich beschäftigt. Nicht etwa als ob er arbeitete, er las höchstens ein belletristisches Buch — zu arbeiten pflegte er niemals hier, sie wußte eigentlich nie, was ihn innerlich beschäftigte mochte. In früherer Zeit, als er mit ihr stritt, war sie sein Gegner gewesen, kurz: seine Frau. Aber nun sah er da, in den Sessel gelehnt und den Kopf gebeugt; vom Kriege her war der Scheitel kahl, vom Tragen des Helms. Das Kind lag im Bett. Nein, das war ihr durchaus nicht recht, daß er sich so verhielt. Wäre es wenigstens Trost gewesen und irgendein Angriff in diesem Schweigen! Aber er war höflich und freundlich und lebte sein Leben eben allein, ohne sie. So ging es also auch, er bewies es ihr ja.

Sie leuchtete.

Sofort sah er serundlich zu ihr hinüber. „Bald beginnt der Winter und bringt Abwechslung mit sich. Dann kommen aus Hohenau deine Verwandten und du bist nicht mehr so allein.“

Er las weiter. Aber mit großen Augen starrte sie ihn an. Das sagte er also so einfach, so offen: Und du bist nicht mehr so allein. . . . Als ob dies Leben, das sie hier führte, selbstverständlich und eine Notwendigkeit wäre! Nein, sie konnte nicht umhin, sie mußte ihn fragen . . .

„Erwartest du nicht mit Ungeduld deine Eltern?“ gab er etwas verwundert zur Antwort.

„Ich halte das nicht mehr aus,“ rief sie heftig.

„Ich bitte dich, wirf mir nicht vor, daß ich schuldig bin — ich weiß, daß ich's bin.“

„Du?“ fragte sie ungläubig.

„Ja, ja,“ sagte er, „ich habe unter der ersten Haut noch eine zweite und dritte erwartet, und unsichtbar, versteckt, aber darum nicht weniger realisierbar, habe ich ein Wesen in dir vermutet, das zu meinem gehörte. Wen trifft also die Schuld? Mich allein. Aber Verzeihung, ich wollte davon nicht reden.“

„Du hast ja wenigstens dein Kind,“ sagte sie lächelnd, und

war etwas fahl, „in dem Kinde kannst du ja das Wesen lieben, das zu deinem gehört.“

„Mein Kind,“ sagte er leise, er betonte das „mein“, und diese Betonung ist wie eine Frage.

„Ja, meines; denn mir wird es nie gehören.“

„Er sieht sie an. „Dann wird es keinem von uns gehören. Daß es mir nicht gehören soll, dafür wird gesorgt.“

Sie schweigt und wird rot. Seine Stimme ist klar, dabei leise und kalt; auch sein Gesicht, auf das Buch gerichtet, ist kalt und klar wie von Stein.

„Das Kind hat die braunen Augen,“ sagt sie, „die Augen von dir.“

„Und es hört die Lieder, die ich verachte, und du ernährst es mit deiner Milch. Während ich Arbeit verrichte für seine Zukunft — auch die Zukunft meines Kindes schützt meine Arbeit, wenn sie die folgenden Generationen schützt — indes hört mein Kind, was sein Vater verachtet.“

„Das Kind ist noch klein und ich singe die Lieder, weil ich sie immer gesungen habe.“

„Ja, so . . .“ Es klingt müde, als habe er sich wieder auf den Vortag besonnen. Er liest.

„Ich glaube,“ sagt sie, halb gereizt und halb zur Verjähnung gewillt, „meine Jugend, meine Erziehung, mein ganzes Leben sollt' ich vergessen, um alles noch einmal sehen zu lernen, von dir?“

Er schweigt. Dann entschließt er sich und gibt ihr doch eine Antwort.

„Von der Zeit solltest du lernen wie ich. Aber du scheinst zu denken, es handele sich um eine Vormachtsfrage, wer nach dem anderen sich zu richten habe, du oder ich. Du empfindest nicht, daß, wer nicht mit dem lebendigen Leben sich wendet, schon rettungslos in der Agonie steht.“

„So laß mich doch wie ich bin, wenn es keine Vormachtsfrage ist.“

„Ja, ich lasse dich ja, wie du bist.“ Er liest weiter. Sie schweigt. Dann:

„Uebrigens — hat sich denn das Leben gewandelt? Als ich lebsthin in Hohenau war, und das friedlich geordnete Leben dort sah, da verstand ich so gut, daß es nur daran hängt, ob alles in sicheren Bahnen läuft. Das ist eben das Unglück deiner Anschauung, daß sie keine Ueberlieferung kennt. Bei uns auf Hohenau lernen die Kinder von den Eltern, wenn sie Respekt und Gehorsam schulden. Sie bleiben bei ihren alten Sitten, ja, bei ihren alten Liebern; dabei tut jeder seine Arbeit und findet jeder sein Brot und alle bleiben vor Erschütterungen und Wunden bewahrt. Was du „mit dem lebendigen Leben

sich wandeln“ nennst, das ist am Ende doch nie etwas anderes gewesen, als ein Nachlaufen hinter dem Rattenfänger, die Dummheit reißt die Dummheit ins Unglück, die Klugen werden mit hineingerissen, und die verblendeten Mittläufer danken am Ende dem Himmel, wenn sie noch mit heiler Haut zu den alten Zuständen zurückkehren dürfen.“

Er schweigt. Dann sagt er: „Hohenau ist nicht die Welt. Das soziale Glück oder Elend der Menschen dort ist in die Hand eines einzigen Menschen gegeben. Ist er gut, der Herr, so ist alles gut. Hohenau ist ein Gemeinwesen, aber ein kleines. Da kann ein Herr noch sein Land überblicken, er kann durch die Fenster den Leuten in die Stuben sehen, und wenn er gut ist —“

„Und wäre er nicht gut — übrigens, was du unter ‚gut‘ verstehst —“

„Ja, was verstehst du denn darunter?“

„Es wäre weit besser für die Leute selber, sie errögen ihren Herrn, auch wenn er nicht ‚gut‘ ist, als daß sie sich alle Jahre einmal empörten. Ich weiß wirklich nicht, ob mein Vater in deinem Sinne denn gut ist.“

„Ja, ich weiß es auch nicht. Ich kenne Hohenau nicht.“

„Aber die Leute befinden sich alle dort wohl, zufrieden und gesund — und dabei kann es sein, daß mein Vater nicht ‚gut‘ ist. Ein Herr kann überhaupt nicht ‚gut‘ sein!“ ruft sie aus.

„Oder, es kann ja auch sein“, sagte er ruhig, „daß sie in Hohenau noch schlafen.“

„So laß sie doch schlafen“, ruft sie heftig, „warum weckst du sie denn?“

„Nicht so laut“, sagt er lächelnd, „du weckst sie — aus Angst, sie könnten erwachen — selber noch auf.“

„Ich sage dir nur, sie sind glücklich dabei.“

„Es gibt verschiedene Arten von Glück. Auch Hunde können ein Glück empfinden.“

„Die Leute auf Hohenau tragen ihre Pflicht mit Freude und Stolz. Das sind keine Hunde.“

„Um so besser“, sagte er; „laß uns doch von Hohenau nicht mehr reden, ich kenne es ebensowenig wie du etwa Berlin.“

Sie ist stumm, und da sie ihn ansieht, fährt er fort: „Du findest dich in einigen Straßen zurecht, du bist auf einigen Gesellschaften gewesen, aber daß du von Herz und Gehirn dieser Stadt, von dem neuen Puls dieser Gegenwart eine Ahnung erlebtest hast — nächstest du das bezugnehm?“

„Mir sagt mein Instinkt — dies neue ist Wahnsinn.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Stimme der Kommunen.

Städtetag zur Finanzreform. — Eigenverantwortung statt Staatskontrolle.

Der Präsident des Deutschen Städtetages Dr. Mülert nahm gestern vor Pressevertretern zu der jetzt veröffentlichten Finanzreform der Reichsregierung kritisch Stellung.

Zunächst befahte sich Dr. Mülert mit dem kürzlich veröffentlichten Finanzprogramm der Industrie, das er mit seiner schematischen Forderung einer durchschnittlichen fünfprozentigen Senkung der gesamten Steuerlast als undurchführbar bezeichnete. Nach der Auffassung des Deutschen Städtetages bilde die Aufstellung einer Eröffnungsbilanz über den Ausgabenbedarf der gesamten öffentlichen Finanzwirtschaft in Deutschland die Voraussetzung für eine Lösung des Finanzproblems. Vom Standpunkt der Gemeinden müsse es als sehr bedenklich bezeichnet werden, daß bisher in der Diskussion über die Finanzreform die Frage der Ausgabenbedeckung gänzlich im Hintergrund geblieben sei.

Auch bei der Neuregelung der Gewerbesteuer mit der beabsichtigten durchschnittlichen Senkung von 20 Prozent dürfte unter keinen Umständen so schematisch vorgegangen werden, wie dies im Reformprogramm der Regierung vorgesehen sei. Man müsse sich vergegenwärtigen, daß bei einem Reichsdurchschnitt der Belastung von 100 Prozent die Gewerbesteuerbelastung in Preußen mit 119 Prozent etwa zweimal so hoch sei wie in Sachsen mit 61 Prozent und sechsmal so hoch wie in Braunschweig mit 21 Prozent. Zwischen den einzelnen Städten beständen Spannungen in der Belastung zwischen 48 und 409 Prozent. Es wäre unter diesen Umständen ein Unfug, die Gewerbesteuern in Braunschweig wie auch in Sachsen zu senken, vielmehr sollte man alles daran setzen, durch scharfe Staffelungen die in der Tat drückenden Höchstätze der Gewerbesteuer wirksam zu ermäßigen.

Der Deutsche Städtetag müsse auch gegen die im Reformprogramm der Regierung vorgesehene Höchstbegrenzung für die Realsteuern (Steuern auf Grundbesitz und Gewerbebetrieb) Front machen. Der Zuschußbedarf der deutschen Großstädte sei allein in den letzten beiden Jahren um 342 Millionen, das sind rund 25 Prozent, gestiegen, während sich demgegenüber das Steueraufkommen nur um 290 Millionen erhöht hätte. Der gesteigerte Zuschußbedarf sei fast durchweg durch zwangsläufige Ausgaben entstanden, denn allein 133 Millionen entfielen hiernach auf das Schul- und Bildungswesen, und zwar in der Hauptsache auf Befoldungskosten, die dem Einfluß der Gemeinden entzogen seien und weitere 77 Millionen auf das kommunale Wohlfahrtswesen.

Auch diese sozialen Ausgaben seien zwangsläufig und würden nach den Erfahrungen der letzten beiden Jahre auch weiterhin zunehmen, denn die Zahl der vom städtischen Wohlfahrtswesen versorgten Erwerbslosen, also der ausgesteuerten Arbeitslosen, steige ganz unabhängig von der Entlastung des allgemeinen Arbeitsmarktes. In einer westdeutschen Großstadt seien die von der Wohlfahrt unterstützten Erwerbslosen vom Herbst 1927 bis 1928 von 600 auf 2000 Personen gestiegen. Im Oktober 1929 aber habe sich ihre Zahl weiter auf 4000 Personen erhöht. Häuft also

die Steigerung dieser zwangsläufigen Ausgaben für die Kommunen weiter an, werden ihnen aber andererseits die Einnahmen durch die neue Finanzreform beschnitten, so können die Gemeinden auch beim besten Willen nicht mehr den ihnen vom Gesetz vorgeschriebenen Ausgaben gerecht werden. Der Deutsche Städtetag müsse daher nochmals eindringlich auf die riesige Verantwortung hinweisen, die der Reichstag damit übernehme, daß bei den ungeheuren sozialen und wirtschaftlichen Ummächtigungen der Gegenwart der öffentliche Finanzbedarf auf fünf Jahre hinaus festgelegt wird.

In der Frage der Einkommensteuer siehe der Städtetag auf dem Standpunkt, daß die bisherige Beteiligung der Gemeinden an der Einkommen- und Körperschaftsteuer erhalten bleiben solle, während Biersteuer und Spiritusmonopol reine Ländersteuern werden sollten. Das Aufkommen der Gemeinden an den aus der Einkommensteuer fließenden Ueberweisungen müsse durch Reichsrecht in der bisherigen Höhe gesichert werden. Die Form der Kopfsteuer lehnte Dr. Mülert bei der Einschaltung einer beweglichen Einnahmequelle aus sozialen Gründen ab. Er betonte, daß dieser sogenannte bewegliche Einnahmefaktor die Gesamtheit der Gemeindeglieder erfassen, den sozialen Anforderungen genügen und finanziell ergiebig sein müsse.

Am Schluß seiner Kritik befahte sich der Präsident des Deutschen Städtetages mit der in dem 14-Punkte-Programm der Reichsregierung angelegentlich verstärkten Staatsaufsicht über den Anleihebedarf der Gemeinden. Sowohl diese verschärfte Staatsaufsicht, wie auch der beabsichtigte staatliche Revisionszwang für Gemeindeglieder stöße offene Türen ein. Die Gesamtheit der deutschen Städte habe einstimmig den Entschluß gefaßt, die kurzfristigen Schulden zu konsolidieren, und die Auswirkungen dieser Aktion machten sich bereits weitgehend bemerkbar. Auch die künstliche kommunale Anleihepolitik würde durch die getroffenen übereinstimmenden Beschlüsse der kommunalen Organisationen eine durchgreifende Umgestaltung erfahren. Die hierfür vorgesehenen Kreditausfälle seien in einzelnen Ländern bereits gebildet, in anderen Ländern, wie in Preußen, in Vorbereitung begriffen. Desgleichen stehe die Revision der öffentlichen Unternehmungen durch eigene Einrichtungen der kommunalen Selbstverwaltung vor einer gänzlichen Neuordnung. Es müsse nochmals in der Öffentlichkeit nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß bei den Kommunen der ernste Wille bestehe, ohne das Eingreifen des Staates und ohne eine neue Aufblähung des staatlichen Kontrollapparates, das Anleihe- und Revisionsproblem auf der Grundlage der Selbstverwaltung zu lösen.

Die Gemeinden haben für die dringlichen Forderungen der Wirtschaft auf steuerliche Entlastung volles Verständnis. Sie erwarten aber auch ihrerseits, daß die Wirtschaft den Aufgaben der deutschen Kommunen das gleiche Verständnis entgegenbringt. Die Reichsfinanzreform dürfe in ihrer bis jetzt vorgelegten Fassung nicht Gesetz werden. Die Städte erwarten, daß der Reichstag auch den Kommunen gegenüber seine Pflicht tue.

präsident heute grundsätzlich gegen Auslandsanleihen ist, muß erst die Geschichte zeigen.) Weil aber ein solcher Grundsat von einem aus unwägbareren Gründen allmächtigen Reichsbankpräsidenten vertreten wird, muß die deutsche Wirtschaft, müssen die deutschen Städte, muß die öffentliche Wirtschaft in Deutschland den Anschluß an eine gute Anleihekonjunktur im Auslande, die ein sehr gutes Geschäft für die deutsche Volkswirtschaft sein könnte, veräumen. Wenn das nun jenseits des Korridors geschähe, wir würden es polnische Wirtschaft nennen. Aber in Deutschland herrscht Ordnung, herrscht kapitalistische „Ordnung“!

Verlagte Entscheidung.

Zur Kapitalerhöhung bei den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen.

Wie aus Essen gemeldet wird, ist in der Verwaltungsratsitzung der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen über die beabsichtigte Kapitalerhöhung gestern noch keine Entscheidung gefallen. Man wird diese Tatsache noch nicht in dem Sinne aufzufassen haben, daß die Verwaltung der VEW, etwa auf ihren Wunsch schon verzichtet hätte, eine teilweise Privatisierung dieser größten, rein kommunalen Elektrokombination herbeizuführen, die bekanntlich durch Beteiligung der privaten Gruppe des RWE. (!) an der Kapitalerhöhung erfolgen soll. Staat und Öffentlichkeit werden also die weitere Entwicklung der Dinge in dem VEW. noch sehr kritisch zu verfolgen haben.

Uebrigens bestätigt die „Vossische Zeitung“ vollinhaltlich unsere in unserem Artikel „Schacht verkauft aus“ gegebene Darstellung. Die „Vossische Zeitung“, ein bürgerliches Blatt, lehnt bemerkenswerter Weise die Beteiligung der privaten Gruppe des RWE. ab und weist darauf hin, daß es in erster Linie die staatliche Preussische Elektrizitätsw.-A.-G. sei, die bei einer Beteiligung Außenstehender zur Kapitalbeschaffung für eine öffentliche Unternehmung herangezogen werden müsse, wenn schon die Kommunen dazu nicht in ausreichender Weise finanziell gerüstet seien.

Die Frage der Schuhzölle.

Arbeiterchaft im Reichswirtschaftsrat dagegen. — Ein Angebot Bata's.

Im Reichswirtschaftsrat haben sämtliche Vertreter der Gewerkschaften sich gegen eine Erhöhung der Schuhzölle ausgesprochen. Diese volkswirtschaftlich verständige Entscheidung der Gewerkschaftsvertreter ist um so bewundernswerter, als die deutsche Schuharbeiterchaft durch die Erhöhung der Zölle unter Arbeitslosigkeit leidet. Den Unternehmern gibt solche Selbstbeherrschung um der Vernunft willen ein leuchtendes Beispiel. Man wird kaum erwarten können, daß der Reichstag der Erhöhung der Schuhzölle günstig gestimmt sein wird.

Interessant in dieser Situation ist ein Angebot der tschechischen Schuhfirma Bata an den Reichsverband der deutschen Schuhindustrie, diese möge auf ihre Zollerhöhungswünsche verzichten und zu Verhandlungen über eine Kontingentierung der tschechischen Schuhereinfuhr bereit sein. Die Erhöhung der Schuhzölle würde Deutschland nichts nützen, Bata würde ohnehin demnach in Deutschland produzieren, das Ausland würde höchstwahrscheinlich auf das deutsche Borgehen auch mit höheren Einfuhrzöllen antworten und damit den wachsenden deutschen Schuherport gefährden. Natürlich vertritt hier Bata eigene Interessen. Wie sind aber auch hier für den geraden Weg und hoffen auch ein Kontingentsabkommen mit der Tschechoslowakei für überflüssig.

Verlustabschluß bei Karl Flohr. Der schlechte Baumarkt im letzten Jahr hat die Entwicklung bei der Karl Flohr A.-G., Berlin, ungünstig beeinflusst. Es wird ein Verlust von rund 340 000 Mark ausgewiesen, der allerdings durch den Gewinnrücktrag aus dem letzten Jahr gedeckt werden kann. Bereits Ende 1928 mußte die Gesellschaft zu Beschränkungsmaßnahmen und Produktions einschränkungen schreiten, die auch im Laufe dieses Jahres noch fortgesetzt wurden. Der gegenwärtige Auftragsbestand beläuft sich allerdings auf rund 6 Millionen, jedoch befinden sich hierunter verschiedene Großaufträge für Bauvorhaben, deren Fertigstellungsfristen noch unbestimmt seien.

Engelhardt-Brauerei wieder 13 Prozent Dividende. Die Berliner Engelhardt-Brauerei zahlt für das Geschäftsjahr 1928/29 wieder die gleich hohe Dividende von 13 Prozent. Der ausgewiesene Reingewinn hat sich von 1,98 auf 2,01 Millionen erhöht. Die in einer Gesellschaft zusammengefaßten ostdeutschen Brauereien des Engelhardt-Konzerns sind an diesem Ergebnis nicht beteiligt. Der Abgang konnte im letzten Geschäftsjahr durchweg gesteigert werden.

Große Auslandsaufträge für den schlesischen Maschinenbau. Die Hirschberger Maschinenbau A.-G. vorm. Starke u. Hoffmann hat jetzt einen größeren Auslandsauftrag aus Südamerika erhalten und zwar die Einrichtung einer vollständigen Mälzereianlage in Chile. Außerdem hat die Gesellschaft mehrere Aufträge auf Dieselmotoren aus Griechenland und Rumänien erhalten. Damit ist der gegenwärtige Beschäftigungsstand für die nächsten Monate gesichert. Bei der großen Arbeitskräftelücke, unter der besonders in Schlesien die Maschinenindustrie leidet, ist dieser Zuwachs an neuer Arbeit sehr erfreulich.

Aus dem Bata-Konzern. Die Roma-Schuh-A.-G. gehört seit einigen Monaten dem tschechischen Schuhmagnaten Thomas Bata. Bei der Gesellschaft hat sich im letzten Geschäftsjahr der schon vorher bestehende Verlust von 46 000 Mark auf 224 000, also auf das Fünffache erhöht.

Häßlich gefärbter Zahnelack. Ein Nummer waren stets meine gelben Zähne. Nachdem ich alle Hilfsmittel angewandt hatte, verjagte ich es mit Chlorodont und die Wirkung war erstaunlich. Heute erfahre ich mich gesunder weißer Zähne.“ G. E. Jacobi, Bismarck a. d. Warthe.

Reichsbankpräsidenten . . .

Sie haben ein Gehalt von 340 000 Mark und erhalten eine Abfindung von 2 720 000 Mark.

Am 8. August d. J. hat die „Allgemeine Deutsche Beamtenschaft“ festgestellt, daß das Gehalt des Reichsbankpräsidenten 340 000 Mark betrage und die Mitglieder des Direktoriums der Reichsbank ein Gehalt von 180 000 Mark beziehen. Wenn ein Reichsbankpräsident oder ein Mitglied des Direktoriums ohne Verschulden ausscheidet, erhalten sie als Abfindung den achtfachen Betrag des Jahresgehaltes. Das sind für einen Reichsbankpräsidenten 2 720 000 Mark, und für ein Direktoriumsmitglied 1 440 000 Mark.

Rat der Wirtschaft — Kapitalbildung — Sparfamkeit! Wir sind auch nicht reichlich. Aber . . .

Um die Bergbaureform in England.

Bürgerblut gegen Labour-Party.

Der englische Handelsminister Graham hat jetzt die Vorlage des englischen Kohlengesetzes, das im Unterhaus in Kürze zur Diskussion stehen wird, veröffentlicht. Mit diesem Gesetz will die Labour Party endlich die schon seit Jahren fällige Reform und damit die Rationalisierung des britischen Kohlenbergbaues im großen durchzuführen. Die ständige Verschiebung dieser für die britische Wirtschaft lebenswichtigen Frage durch das Kabinett Baldwin, das sich bekanntlich sehr stark im Schlepptau der Zehnherrn befand, gehörte zu den größten Unterlassungsünden des von der Labour Party gestützten konservativen Kabinetts.

Das neue Gesetz regelt zunächst die Synchronisierung des englischen Bergbaues, die in ihrer großen Linie dem vom rheinisch-westfälischen Kohlenfondrat angewandten System gleicht. Bis vor kurzem war unter den Zehnherrn noch eine starke Opposition gegen diesen Teil des neuen Bergbaugesetzes vorhanden, die aber jetzt ihren Widerstand aufgegeben hat. Als ein Zugeständnis der Regierung an die Unternehmer ist die Bestimmung aufzufassen, daß die Kartorgansation und die Preisfestsetzung von den Zehnherrn selbst vorgenommen wird. Allerdings bleibt der Regierung ein Vetorecht vorbehalten. Ob bis zu dem vorgesehenen Termin, dem 31. März, der Zusammenschluß in den einzelnen Kohlenbezirken und sodann der Gesamtzusammenschluß durchgeführt werden kann,

wah bei dem immerhin schleppenden Verlauf der Verhandlungen bezweifelt werden.

Ferner wird in dem Gesetz die Kürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde auf insgesamt 7 1/2 Stunden festgelegt. Das während des großen Streiks 1926 von der Baldwin-Regierung geschlossene Arbeitszeitgesetz läuft im Sommer 1931 ab, so daß damit der vor dem Arbeitskampf von 1926 bestehende Siebenstundentag wieder in Kraft tritt. Im dritten Teil des Gesetzes wird die Errichtung eines sogenannten National Boards, einer nationalen Aufsichtsbehörde, festgelegt, die die Arbeitszeitfragen, Arbeitsbedingungen und Lohnfragen zu bearbeiten hat.

Bei den Liberalen wie auch bei den Konservativen macht sich jetzt schon ein sehr heftiger Widerstand gegen das Kohlengesetz bemerkbar. Besonders stark opponieren die Unternehmerverbände gegen die beabsichtigte Einrichtung des National Boards, der in gewisser Hinsicht dem deutschen Reichskohlenrat ähnelt und den Preisdruck für die Konsumenten übernehmen soll. Lloyd George hat bereits erklärt, daß er in den kommenden Wochen bei der zweiten Beratung des Gesetzes im Unterhaus einen Antrag auf Ablehnung einbringen werde. Eine Gesamtentscheidung der Unternehmer liegt zurzeit noch nicht vor, jedoch ist die Stimmung in diesen Kreisen durchaus nicht einheitslich. Jedenfalls wird das neue Kohlengesetz in allernächster Zeit heftige innerpolitische Kämpfe in England entfesseln.

Kommunalanleihen zu 4 1/2 Proz.!

2,35 Proz. über Pari! — Wo? In USA.

Die amerikanischen Gemeinden nützen die Stimmung auf den amerikanischen Börsen, die jetzt gegen die Aktienwerte und für festverzinsliche Anleihen ist, für sich aus. Wie aus New York gemeldet wird, sind im Monat Dezember bereits amerikanische Kommunalanleihen im Betrage von fast 200 Millionen Dollar aufgelegt bzw. aufgenommen worden. Die größte Anleihe ist die der Stadt New York von 65 Millionen Dollar, die mit 4 1/2 Proz. (!) verzinslich ist und zu einem Kurse von 102,35 Proz. (!) von einem Bankensortium aufgenommen wurde. Wahrscheinlich kostet die Anleihe also netto noch etwas weniger als 4 1/2 Proz.

Deutsche Kommunalanleihen würden selbstverständlich in New York teurer sein. Mit Sicherheit wären sie aber in New York, gemessen an deutschen Zinsverhältnissen, sehr billig anzubringen, wenn nicht der allmächtige (warum eigentlich allmächtig?) Reichsbankpräsident in Deutschland überhaupt gegen Auslandsanleihen, besonders aber für Kommunen, wäre. (Warum der Reichsbank-

PREUSSENRADIO

HOCHWERTIGE EDEL-CIGARETTE 5 PHÄNOMEN

Landtag verlag.

Der Etat für 1930 dem Hauptauschuss überweisen.

In der am Freitag fortgesetzten Sitzbeilage des Preussischen Landtages, über deren Umfang wir bereits gestern im „Abend“ berichteten, debattierte

Abg. Jasper (Dnat.), daß der politische Instinkt Hugenbergs nicht anerkannt wird. (Lachen links.) Der Einheitsstaat dürfe nicht über die Verschlagung Preußens kommen. Die Deutsch-nationale Partei stehe unter Führung Hugenbergs, dem das deutsche Volk dankbar sein sollte, auf festem Grund.

Abg. Dr. Heß (Z.) erklärt zur Frage der Reichsreform, daß alle Parteien bisher die Arbeit der Vändertkonferenz abgelehnt hätten. Er gliedert den „feinen politischen Instinkt“ des Herrn Hugenberg, der seine Partei auseinandergetrieben habe. Als Vorsitzender einer angeblich christlich konservativen Partei habe dieser auf Abgeordnete in der Kontinuitätsfrage Beweismomente ausgeübt. Wie die Deutsch-nationale christliche Kulturpartei bilden, illustrierten deutlich anstößige Filme aus Hugenbergs Ufa-Konzern. Die deutsch-nationale Presse habe Wahlversammlungen in Wahlkreise umgeschickt. Dasselbe hätte aber auch die sozialdemokratische Presse im Rheinland getan. Die Hugenberg-Epifade sei ein Kapp-Butsch mit anderen Mitteln, der sich abwickeln werde.

Abg. Kasper (Komm.) bezeichnet eine Aeußerung des Abg. Heß, daß an der herrschenden Demokratie nichts zu ändern sei, als größtmöglich. Das Heil könne nur von Sowjet-Rußland kommen.

Abg. Dr. Ledig (D.Vp.) stellt mit Genehmigung fest, daß das Zentrum sich in der Frage der Kopfsteuer der Auffassung der Volkspartei angeschlossen hat. Die Volkspartei, die stets den Standpunkt eines einheitlichen leistungsfähigen Deutschlands vertreten habe, wolle unter den gegenwärtigen Umständen Preußen in seiner jetzigen Form aufrechterhalten. Gegen die Subventionenpolitik habe seine Partei die schwersten Bedenken. Es wäre ein Unrecht ersten Ranges, wenn man die Vermögensgaben in Form der Kopfsteuer aufbauen würde, weil das eine Belastung der kinderreichen Familien wäre. Im Kampf um den Young-Plan müsse gegeben werden, daß er immer noch günstiger als der Dawes-Plan ist.

Abg. Goll (Dem.) ist entgegen der Auffassung des Finanzministers der Meinung, daß am Etat doch gepart werden könne. Die Wirtschaftspartei ist mitverantwortlich für das jetzige Steuersystem, das sie mit der Annahme des Reichsfinanzausgleichs von 1925 im Reichstag gegen den Widerspruch der Demokraten zur Annahme verhoffen hat. Die Wirtschaftspartei habe damals dafür gestimmt, weil damals sonst an Stelle einer Rechts- eine Linksregierung gekommen wäre. Mit dieser politischen Maßnahme habe die angeblich unpolitische Wirtschaftspartei den Mittelstand schwer geschädigt.

Abg. Haase-Liegnitz (Wirtschp.) weist die Angriffe des Vorredners zurück.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Dr. Graf Posadowski (Rechtspartei) und Blesker (Deutsche Fraktion) schließt die Debatte.

Der Gesamtetat für 1930 wird hierauf dem Hauptauschuss überweisen. Das Haus verlag sich auf den 21. Januar 1930.

Student und Arbeiterbewegung

Verbandsstag des Verbandes sozialdemokratischer Studenten

Am Freitag wurde der Verbandstag des Verbandes sozialdemokratischer Studierender Deutschlands und Oesterreichs durch eine Rundgebung im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats eröffnet. Der Vorsitzende des Verbandes, Dr. Friedländer, hielt eine kurze Begrüßungsansprache. Er begrüßte besonders die anwesenden Vertreter der Partei, der Gewerkschaften, der Sozialistischen Arbeiterjugend und der ausländischen Sektion der internationalen Sozialistischen Studentenföderation, von denen aus

Polen, Böhmen, Rumänien, Ungarn, der Tschechoslowakei, England und Spanien Vertreter entsandt waren. Besonderen Beifall erregte ein Begrüßungstelegramm des Reichskanzlers Hermann Müller, das der Tagung den besten Erfolg wünschte. Begrüßungsgramme und Schreiben waren auch von dem Reichsarbeitsminister Wissell, vom dem Braunschweiger Minister für Volkshilfsbildung Sievers, vom Polizeipräsidenten Jörgiebel, vom Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs und vom Berliner Bezirksvorstand des SPD, eingelaufen.

Als erster Redner sprach vom sozialdemokratischen Parteivorstand der Abg. Crispian. Er betonte die enge Verbundenheit zwischen sozialistischer Bewegung und Wissenschaft, die sich auf die grundlegenden Werte der Begründer der modernen Arbeiterbewegung stützt. Die Erkenntnis, daß innerhalb des Rahmens der bürgerlichen Gesellschaft wirkliche wissenschaftliche Freiheit nicht möglich sei, müsse auch die heute noch von reaktionären Gedanken beherrschten Studenten in immer steigendem Maße dazu bringen, daß sie sich der sozialistischen Bewegung anschließen. Zur Rolle der Intellektuellen innerhalb der Arbeiterbewegung hat die Partei in ihrem Programm grundsätzliche Stellung genommen. Wir sind uns klar darüber, daß die Partei und die Gewerkschaftsbewegung eine große Reihe von wissenschaftlich geschulten Funktionären braucht, die sie in verantwortliche Stellen des von der Arbeiterklasse in immer weiterem Maße ererbten Verwaltungsapparates hinstellen kann. Die Sozialdemokratische Partei und die gesamte Arbeiterbewegung kämpft dafür, daß das Privileg der wissenschaftlichen Bildung, das häufig für die herrschende Klasse besteht, aufgehoben wird, und das die Arbeiterklasse den Zutritt zur wissenschaftlichen Ausbildung erhält. Die praktischen Vorschläge der sozialdemokratischen Studenten zur Hochschulreform beweisen, daß die sozialdemokratischen Studenten sich der großen kulturellen Aufgaben bewußt sind, die sie in solidarischem Kampf mit der gesamten Arbeiterklasse zu erfüllen haben.

Nach einer kurzen Begrüßung durch einen Vertreter der Berliner Ortsgruppe der Vereinigung sozialdemokratischer Studierender sprach Knoll vom Bundesvorstand des V.D.S. Auch er betonte, daß die Gewerkschaftsbewegung schon seit langem die Notwendigkeit empfinde, die Zusammenarbeit mit sozial und wissenschaftlich geschulten Genossen aufzunehmen. Das Interesse der Gewerkschaften an dem Problem der sogenannten Intellektuellen datiert nicht erst seit heute, sondern seit dem Jahre 1900, wo es eine Senkation war, als Karl Legien in einem Kreise von Akademikern über die Fragen der Gewerkschaftsbewegung sprach. Die Arbeiterbewegung hat den Akademikern erst volle geistige und politische Freiheit erlangt. Die Akademiker haben dafür eine Schuld an die Arbeiterbewegung abzutragen. Es ist die sozialistische Studentenbewegung, die diese große Aufgabe in Angriff nimmt, und es besteht die Hoffnung, daß in absehbarer Zeit diese Aufgabe auch Erfüllung finden wird.

Landtagspräsident Bartels betonte besonders die Wichtigkeit republikanischer und sozialistischer Beamter für die Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse.

Für den am Erscheinen verhinderten Reichsinnenminister Severing überbrachte Baurichter die herzlichsten Grüße und die Versicherung, daß der Minister alles daran setzen werde, um nach seinen Kräften den unsozialen Aufbau der heutigen Hochschulen zu beenden und das immer weitere Umsichgreifen der Reaktion auf den deutschen Hochschulen zu bekämpfen.

Nach Professor Canow, der im Namen der sozialistischen Hochschullehrer sprach, ergriß

Ministerpräsident Otto Braun.

von starkem Beifall begrüßt, das Wort. Er wünschte dem Kampfe der sozialistischen Studenten, die auf den Hochschulen gegen die Reaktion einen schweren Stand haben, baldigen Erfolg und betonte die Notwendigkeit, die leitenden Funktionäre im Staatsapparat der Republik aus solchen Kreisen auszuwählen, die ein wirkliches Verständnis für die Bedürfnisse eines freiheitlichen Staatswesens haben. Der soziale Ausbau der Deutschen Republik, den wir alle wünschen, ist längst nicht

beendet, und wir brauchen für ihn Menschen, die nicht nur ein Stimmzetteln für die Republik ablegen. Besonders scharf sprach sich Otto Braun gegen die Standesvorurteile und den Kastengeist des heutigen Akademikertums aus.

Er richtete die Forderung an die sozialdemokratischen Studenten,

alle die Vorzüge, die ein Studierender gegenüber den Millionen hart arbeitender Volksgenossen hat, auch gewissenhaft der Allgemeinheit wieder nutzbar zu machen.

Um die Zukunft unseres Volkes kann es uns nicht bange sein, wenn in sozialem Sinne die Arbeit an Staat und Volk geleistet wird, die ein unermessbares Ganzes bilden sollte.

Ollenhauer, der Vorsitzende der Sozialistischen Jugendinternationale, betonte die geistige und politische Einheit der sozialistischen Studenten- und Jugendbewegung. Es war in diesem Sommer in Wien, als studierende und arbeitende Jugend in einer Front, als Jugend einer Klasse, für den Völkerverfrieden und die soziale Gerechtigkeit aufmarchierten. Wenn der Kampf Schulter an Schulter fortgesetzt wird, wird es der Arbeiterbewegung gelingen, nicht nur die große Masse zu vereinen, sondern auch an Qualität des geistigen Niveaus alle anderen politischen Bewegungen zu übertreffen. Das ist die Vorbedingung für den Kampf um die Macht in Staat und Wirtschaft.

Für den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund sprach Dr. Böller, für die Allgemeine freie Lehrgewerkschaft Schäfer, für die Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Lehrer an höheren Schulen und für den Verein der Freunde sozialdemokratischer Studierender Frau Ministerialrat Dr. Wegscheider.

Landgerichtspräsident Ruben sprach für die Vereinigung sozialdemokratischer Juristen, und die Vertreter Spaniens und Englands überbrachten noch kurze Grüße ihrer Organisationen. Auch der englische Ministerpräsident MacDonald hatte durch den englischen Vertreter seinen Gruß übermitteln lassen. Nach einer kurzen Rede des Wiener Genossen Bohmann als Vertreter des Exekutivkomitees der Internationalen Sozialistischen Studentenföderation hielt Dr. Friedländer ein Referat, das kurz die Aufgaben des Verbandstages zusammenfaßte.

Er wies auf den erfreulichen Aufstieg des Verbandes hin, der sich von circa 400 Mitgliedern im Jahre 1922 auf 4100 Mitglieder in diesem Jahre vermehrt hat. Ortsgruppen bestehen in Berlin, Breslau, Braunschweig, Danzig, Dresden, Frankfurt a. M., Freiburg i. Br., Gießen, Graz, Göttingen, Greifswald, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Jena, Kiel, Köln, Königsberg, Leipzig, Mannheim, Marburg, München, Münster, Rostock, Tübingen, Wien, Würzburg und Linz. Die Arbeitsleistung des Verbandes konzentrierte sich in letzter Zeit auf den Ausbau und die Ausarbeitung eines Programms der sozialen Hilfseinrichtungen für das Studium. In der Vergangenheit mußte ein scharfer Kampf gegen die in der Deutschen Studentenschaft vereinigte Hochschulreaktion geführt werden, die sich nach der Unterstufung der meisten Hochschullehrer ereut. Die Bildungsarbeit verhielt die neu-gewonnenen Mitglieder über ihre Bedürfnisse und Ziele in sozialistischem Sinne aufzuklären und ihre wissenschaftliche Facharbeit matrikular zu durchdringen.

Zum Schluß verlas Dr. Friedländer ein ausführliches Reformprogramm für das gesamte wissenschaftliche Bildungswesen, das sich sowohl auf die Organisation der Hochschule, als auch auf den Kampf gegen das Bildungsmonopol der Besitzenden erstreckte.

Die gutbesuchte Rundgebung wurde mit dem Gesang der Internationalen geschlossen.

Erstklassiges Weihnachtsgeschenk

schmackhaft, bekömmlich und billig, kann jede Hausfrau leicht herstellen. Die klar abgefaßten Rezepte im „Küchenwunder“-Rezeptbuch und in Dr. Dethers Rezeptbuch ermöglichen ohne Vorkenntnisse das Backen im „Küchenwunder“ (der einfache und sichere, seit Jahren bewährte Back- und Brat-Apparat). Die Verwendung von Dr. Dethers Backpulver erhöht die Sicherheit des Gelingens.

25 ausgesuchte wertvolle Weihnachts-Bücher liegen in folgenden aufgeführten Vorwärts-Fillialen zur Auswahl für den Gabentisch der werktätigen Familie aus:

Ackerstraße 174
Baerwaldstraße 47
Prinzenstraße 63
Markusstraße 36
Petersburger Platz 4

Lausitzer Platz 14-15
Immanuelkirchstraße 24
Wilhelmshavener Str. 48
Müllerstr. 44 (Ecke Utrechter Str.)
Wattstraße 9

Bastianstraße 7
Greifenhagener Straße 22
Lichtenberg, Wartenbergstraße 1
Lichtenberg, Boxhagener Str. 62
Schöneberg, Beiziger Str. 27

Neukölln, Neckarstraße 2
Neukölln, Siegfriedstr. 28-29
Charlottenburg, Sesenheimer Straße 1
Treptow, Graetzstraße 50

An den Wochentagen geöffnet von 1½ bis 18 Uhr

Für den Mann:

Holz Dafnis. Lustige Frob- und Saunlieder. Halb. 7.20
Wöhrle Querschläger. Das Humserbuch gebd. 3.00
Schiff So war es in Versailles. Mit Beiträgen von Landberg, Müller u. a. gebd. 4.00
Faust Die letzte Schicht. Ein Bergarbeiterroman geb. 2.80
Bönnelycke Lokomotivführergeschichten geb. 2.80
Braun Zeitungsfremdwörterbuch. Neue Aufl. Leinen 2.00
Emil Ludwig Wilhelm II. Leinen 2.85

Kretzen Zwischen Parana und Tiété Menschen und Tiere im Urwald von Sao Paulo. Ein stattlicher Band. 260 Seiten, reich illustriert Leinen 5.00

Für die Frau:

Selinger Der Rachen. Ein Frauenroman . karl. 1.50

Bebel Die Frau und der Sozialismus. Jubiläumsganzleinen 7.50

Th. Mann Buddenbrooks. Verfall einer Familie. Der Roman des untergehenden Bürgertums. 736 Seiten. Ungedruckte Ausgabe Leinen 2.85

Für Kinder und Jugendliche:

Grottwitz Sonntag eines Großjägers in der Natur Leinen 1.90

Dantz Peter Moll. Ein Jungenbuch für 10-13jährige karton. 2.50

Dantz Wollmeise. Ein Findelkind, das seine Mutter sucht gebd. 3.00

Siemsen Das Buch der Mädel. Reich illustriert. Geschenkbund 2.50

Für die Kleinen und Kleinsten:

Sämtliche Bilderbücher mit Texten von Bruno Schönlanck

Weltfahrt zum Auszieh. u. Aufstell., Papp unterreißb. 2.00

Das Schuljahr Papp, unzerreißbar 2.00

Unsere Freunde Tierbilderb., Papp, unzerreißb. 2.00

Gullivers Reisen 0.25

Aufs Land hinaus 0.25

Mit Lokomotiven in die Welt 1.50

Des Landwirts Tiere 1.50

Siemsen Menschen und Menschenkinder aus aller Welt Geschenkbund 3.00

Grötzsch Mus. der Riese. — Ein sozialistisches Märchen Geschenkbund 3.00

Außerdem sämtliche Volksbühnen-Klassiker zum Mitgliederpreise von Mk. 1.40 statt bisher Mk. 4.20 pro Band, sowie der reich-illustrierte Vorwärts-Abreißkalender zum Preise pro Stück Mk. 2.— und das Jahrbuch Kinderland 1930 zum Preise pro Stück Mk. 1.50.

Nicht am Lager befindliche Bücher werden auf Wunsch noch vor Weihnachten besorgt.

Eine Riesenauswahl bester Geschenkliteratur, Romane, Reisewerke, Naturwissenschaftliches, Tierbücher, Werke über Politik, Sozialismus und Gewerkschaften, besonders preiswerte Kinder- und Bilderbücher — Matador-Baukästen — Schallplatten der Neuen Truppe Führerbilder — Globen — finden Sie außerdem zu außerordentlich billigen Preisen in der Zentral-Partei-Buchhandlung

J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 2 am Belle-Alliance-Platz U-Bahn Hallesches Tor.

Geschäftszeit im Dezember durchgehend von 9 bis 19 Uhr, an den beiden Sonntagen vor Weihnachten von 14 bis 18 Uhr.

Henry Lawson: Ein spaßiger Kauz Von der „Walfahrt“ durch den australischen Busch

„Hallo, dort sind zwei Kerle, und die sechsten miteinander einen Strauß aus! Hallo, schau mir uns die Hej an.“

Es schien ein merkwürdiger Ort für einen Zweikampf zu sein — diese glühheiße, öde Baumwollstaubebene. Nicht ganz eine halbe Meile davor schienen zwei Männer zu stehen, die auf der Landstraße miteinander einen Zweikampf austrugen.

Die drei Reisenden stellten ihr Rauchen ein und eilten nach vorwärts. Sie waren natürlich Schafsheher — ein kleiner Mann, ein großer Mann, der unter dem Namen „Sonnlucht“ oder auch „Matarlus“ bekannt war, und ein hochaufgeschossener, junger Grünshnabel, den sie „Müchgeschicht“ nannten.

„Ich möchte doch gerne wissen, wohin der andere Mann hingelungen ist, ich sehe ihn ja gar nicht vor mir,“ meinte Sonnlucht. „Er muß im Busch drin versteckt sein,“ antwortete Matarlus. „Über jetzt gehn sie die Sache scharf an, jetzt machen sie Ernst. Vorwärts, Jungens! Macht euch auf die Beine, damit wir uns den Spatz ansehen können!“

Sie eilten also nach vorwärts. „Das ist ein sonderbar komisch aussehender Bursche, der andere Kerl,“ leuchtete das Müchgeschicht atemlos. „Er scheint überhaupt keinen Kopf zu besitzen. Da schau her! Er liegt jetzt unten — nein, beide Kerle sind jetzt auf der Erde! Sie müssen am Boden ausgeglitten sein. Reinal! Sie stehen schon wieder auf den Beinen. . . Was ist denn, beim Herrgott noch einmal?! Ich denke, der andere ist ein Weib!“

„Meiner Treu, es ist wahrhaftig so!“ brüllte Sonnlucht. Da schau her! Die Bestie hat den andern tatsächlich wieder glatt hingeworfen! Und jetzt bearbeitet er ihn sogar mit den Füßen. Vorwärts, Burschen, vorwärts, oder die Hölle wird selber eingreifen!“

„Sie warfen ihre Rückenpöcke, ihre Wasserschlänche und alles, was sie sonst hatten, auf die Erde und stürmten nach vorwärts. Aber plötzlich verlangsamte Sonnlucht, der die schärfsten Augen besaß, seine Schritte und blieb ein wenig hinter den andern zurück. Seine Kameraden starrten nach rückwärts, in sein Gesicht, sie nahmen einen ganz besonderen Ausdruck darin wahr, denn schauten sie wieder nach vorwärts, bis sie endlich ihren Schritt auf einen gewöhnlichen Spazierschritt verlangsamten.

Endlich also erreichten sie die Schredensteme, und hier gewahrten sie einen dünnen alten Mann auf der Straße, der die Arme dicht unter seinem Kinn gefaltet hielt. Seine Hauptbekleidung bestand aus flachen Kallots, ein helbes Dugend Korkstüpfel, die an Spagatstücken von der Kränze seines Huttes herunterhängen, baumelten vor seinen trübenden Augen hin und her, um die Fliegen zu verschrecken. Er starrte unausgesetzt und finstler auf einen dicken, angefüllten Rucksack, der auf der Mitte der Landstraße lag.

„Nun, alte Ratte, was ist denn eigentlich mit dir los?“ fragte Sonnlucht.

„Nichts, absolut nichts,“ antwortete der alte Mann, ohne sich umzudrehen. „Ich habe mich da mit einem Rucksack überworfen, das ist alles. Er hat mich zu Boden geschlagen, aber ich hob' ihm dafür heringelacht.“

„Über hör mal,“ meinte Sonnlucht, indem er seine Kameraden heranzwinkte, „wir haben, wie du auf ihn sprangst, wie er gerade am Boden lag, das ist doch nicht ritierlich.“

Dann hab' ihr nicht alles mitangelesen,“ sagte Mats, der mit alte „Ratte“ angesprochene Mann, „er hat mich zuerst zu Boden geworfen! Und da schaut mal an, ich werde mich noch einmal mit ihm auseinandersetzen und ihr werdet dann sehen, wie ich mich in dem Kampf ritierlich benehme.“

Sie redeten noch eine Weile hin und her: dann machte Sonnlucht den Vorschlag, dem Rucksack zu sekundieren, während sein Kamerad der Sekundant des alten Mannes sein wollte, und nach einigem Meinungswechsel war Müchgeschicht der Hej wegen einverstanden, als Schiedsrichter zu fungieren und die Gänge zu kontrollieren.

Die „Ratte“ begriff, worum es ging: er entblähte sich bis zur Hälfte, und während er sich fertig machte, lateten die Reisenden so, als ob sie auf den Ausgang des Zweikampfes eine Wette eingingen.

Matarlus zählte sich hinter dem Rücken auf und Sonnlucht hob den Rucksack von der Erde auf. Die „Ratte“ setzte sich in Position und tarzte um ihn herum: dann nahm er einen Anlauf, löch, duckte sich, sprang zurück, stürzte nochmals vor, und dann stürzte er mit einem Male wie von einer Kugel getroffen, rücklings hin. Keint Schauspieler hätte es besser gemacht: er brach von diesen fingierten Schläge zusammen, als ob ihn eine Kanonenkugel gerade mitten in die Stirne getroffen hätte.

Müchgeschicht nannte die Gänge, der alte Mann erhob sich jetzt, wandte und schwanzte. Nun aber dachte er zu einem kurzweiligen Schläge aus und schleuderte damit seinen Rucksack nach rückwärts in den Busch.

Es folgten ein paar andere Runden mit wechselndem Erfolge.

Die Männer stellten sich jetzt, als ob sie immer mehr und mehr aufgeregter wären und schlossen wieder Wette ab: und die „Ratte“ tat, was sie konnte. Aber schließlich wurden sie auch diesen Spaß müde, Sonnlucht ließ den Rucksack Rucksack sein, nachdem Müchgeschicht den Gang als beendet erklärte und der Grünshnabel sprach der „Ratte“ den Sieg zu. Nun münzten sie noch die Übergabe eines Geldpreises an den Sieger, hielten dann ihre Rucksäcke von hinten, während der Alte sein Hemd anzog.

Dann wurde er ruhig, trug seinen Rucksack auf die eine Seite der Landstraße, setzte sich auf ihn nieder, und begann demütig eine Zeilung über verschiedene Angelegenheiten, die im australischen Busch aktuell waren, zu plaudern. Doch mit einem Male verfluchte er, begann seine Muskeln zu betäufeln und schälte blödsinnig vor sich hin.

„Könnt ihr mir ein Stück Fleisch leihen?“ meinte er plötzlich.

Sie gaben ihm ein halbes Pfund. Doch sagte er, daß er nicht soviel benötige, er schnitt sich ungefähr eine Unze ab, die er oben auf seinen Rucksack hinlegte. Dann nahm er den Deckel seines Teefleises herunter und brachte eine Angelischnur zum Vorschein. Er setzte den Köder auf, warf die Angelrute quer über die Landstraße und wartete ein Weßchen zu. Bald schlen sein ganzes Interesse auf die Angel konzentriert, er warf sie ein- oder zweimal mit einem Rucke aus, und zog sie wieder schnell zurück. Der Köder hatte sich im Grase verloren. Der alte Mann starrte den Köder mit Widerwillen an.

„Da schau mal her!“ schrie er. „Ich hatte ihn, nur daß ich es zu eilig tat. Ich hätte mit dem Fische mehr spielen sollen!“

Das nächstemal war er schon ein wenig vorsichtiger, er zog die Angelischnur behutsam heraus, riß einen imaginären Fisch herunter und legte ihn neben sich ins Gras. Sonnlucht und Komp. waren die ganze Zeit über an dem Späße aufs lebhafteste interessiert.

„Wie denkt ihr über diesen Fang?“ erkundigte sich jetzt die alte „Ratte“. Wenn er überhaupt etwas wiegt, dann wiegt er gewiß seine dreißig Pfund. Wie denkt ihr über diesen Rabejau? Sigt der Köder halbwegs in seinen Riemen?“

Er fing noch eine Reihe Rabejans und Brassen, während sie dort beisammen waren, dann lud er sie ein, hier ihr Lager aufzuschlagen und mit ihm zusammen Tee zu trinken. Doch sie hatten die Absicht, eine bestimmte Hütte am folgenden Tage zu erreichen, so gings also weiter, der alte Mann entließ sich nach und nach etwa ein Pfund Fleisch zusammen für Köder aus — dann brachen sie auf und ließen die „Ratte“ zurückden weiterzuziehen.

Doch vorerst läugte Sonnlucht in seine Tasche, holte eine halbe englische Krone hervor, die er dem Alten mit ein bißchen Provolant schenkte. „Es wird besser für euch sein, alte Kameraden, wenn ihr bereits vor der Dunkelheit zum Wasser kommt,“ sagte er freundlich.

Als sie sich im Weiterwandern zurückwandten, sahen sie, daß die alte „Ratte“ beständig noch mit dem Angeln beschäftigt war. Doch als sie zum letztenmal zurückblickten, bevor sie das Gehölz betraten, da hatte er bereits einen neuen Zweikampf mit seinem Rucksack begonnen.

Sonnlucht war der Ansicht, daß zwischen den beiden ein Streit darüber ausgebrochen war, weil der Rucksack wahrscheinlich eine Lüge ausgeht hat, daß er den größeren Fisch gefangen hätte. (Gerechthigt Uebersetzung von J. Reisman.)

Der lebende Teddybär

Der Teddybär, das beliebte Spielzeug bei groß und klein, hat ein lebendes Urbild: das Original lebt in Australien. Erst jetzt hat man dort wieder ein Geheiß zu seinem Schutz erlassen, das jegliche Jagd auf den Teddybären verbietet. Im Leben heißt er Koala, australischer Bär, und er wird nicht höher, als das Spielzeug ihn erscheinen läßt, nämlich höchstens 30 Zentimeter. Er kommt in nennenswerten Mengen im Südosten Australiens vor, aber eben nur dort; überall, wo man ihn sonst in Zoologischen Gärten zu glichen versucht, ist er sehr bald eingegangen, weil die nötigen Lebensbedingungen fehlten. Der Koala ist ein Fruchtesser, und zwar frisst er nur die Blüten und Früchte des Gummibaums und auch nicht jedes Gummibaums, sondern nur die des „weißen Gummibaums“ und des „Sumpfgummibaums“. Er geht nur auf diesen beiden, die sich besonders im Südosten Australiens finden. Sonst ist der Gummibaum mit seiner gewaltigen Höhe (bis 140 Meter) und seinem Stammumfang (bis zu 30 Meter) der charakteristischste Baum Australiens und Tasmaniens. Die beiden Arten, auf denen der Koala lebt, sind im allgemeinen nicht so hoch.

Das Tier ist ziemlich dumm und sehr träge. Es lebt viele Tage auf demselben Baum und hockt auf demselben Platz, ganz teilnahmslos für seine Umgebung; nur wenn es Hunger bekommt, klettert es langsam nach einer Knoipe oder Frucht weiter. Doch ist der Koala ein zwar langsamer, doch sicherer Kletterer; die scharfen langen, getrümmten Nägel, an den Fehen der Vorder- und Hinterfüße geben ihm diese Sicherheit. Seine Langsamkeit aber ermüdet es den Eingeborenen, ihm auf dem Baum nachzuklettern und leicht zu erfassen. Sie erschlagen ihn dann, um sein wohlschmeckendes Fleisch zu essen und seinen Pelz zu verkaufen, oder nehmen ihn mit nach Hause und zähmen ihn sehr leicht; denn der Bär ist harmlos, folglos und treu wie ein Hund. Von seinem sehr scharfen Zähnen macht er nur Gebrauch, wenn er zu sehr geizig wird, oder zur Zeit der Brunst. Dann ist er überhaupt am interessantesten. Der verkümmerte Bär wird lebendig und klettert dem Weibchen bis auf die höchste Spitze des Gummibaums nach. Dort oben stimmt er eine Art Gesang an, schrille, lang hingezogene Töne, die sich vielfach wiederholen, doch im Klang wechseln. Sobald er sein Lied angestimmt hat, läßt sich auf dem nächsten Baumgipfel sofort ein Nebenbuhler hören, die Konkurrenten auf dem dritten und vierten folgen ein, und diese Gesänge enden erst, wenn ein glücklicher Erhöhung gesunden hat. Die Koalabärin wirft nur ein einziges Junges, das sie sehr sorgsam hütet; sie legt es sofort nach der Geburt auf ihren Rücken, wo sich das Kleine mit seinen Krallen festhält.

Leuchtende Nebel im Sternsystem

Nur ein Teil der wägbaren Masse in der Welt ist in den Gestirnen und ihren Atmosphären verteilt. Ein Teil ist lose im Welt- raum zerstreut. Die Meteoriten, das Tierkehllicht und die Kosmetenschwärme, ja auch Sonnenkorona und Nordlichter beweisen es uns schon im Bereich der Sonne. Die genannten Erscheinungen zwingen zu dem Schluß, daß es im freien Weltraum vereinzelte feste Körper von größten Blüten bis zu feinstem Staub gibt, dazu Kometen, wie in Gosen, nur dünner verteilt, und freie Elektronen. Alle diese Teilchen bilden gleichsam eine im Raum überallhin ausgebreitete kosmische Wolke, freilich von unvorstellbar geringer Dichte. Die Kometen und Meteoriten können wir als Uebergangsformen zwischen den Gestirnen und der allgemeinen Wolke betrachten. Die Annahme liegt nahe, daß hier und da im weiten Raum die Wolke dichter ist als durchschnittlich. Besonders in der näheren Umgebung von Sternen und vor allem von Sternhaufen wird man das erwarten. Daß die Fixsterne uns im allgemeinen keine Spur einer einhüllenden „Wolke“ zeigen, widerspricht dem nicht. Man muß bedenken, wie schwach vergleichsweise schon die Korona der Sonne und wieviel zarter noch unser Tierkehllicht ist. Dann erkennt man ohne weiteres, daß nur ganz ungewöhnlich dichte Wolken in der Nachbarschaft von Sternen sichtbar werden können.

Soweit von der „kosmischen Wolke“ Licht ausgeht, mag uns die Himmelsphotographie von ihrem Dasein Kunde geben. Sie bringt ja durch lange Beleuchtung feinste Strahlung nach und nach immer stärker zur Erscheinung. Dem Auge unmittelbar kann kein Fernrohr ähnlichen Dienst leisten. Es kann wohl Lichtsender, deren Bild praktisch punktförmig ist, dem Auge je nach Öffnung und Lichtstärke des Instruments heller erscheinen lassen, aber die Intensität leuchtender Flächen kann das Fernrohr nicht verstärken. So kommt es, daß unser Wissen um die „kosmischen Nebel“ — wie man diese Gebilde nennt — im wesentlichen erst mit der Himmelsphotographie entstanden ist. Einen schwachen Lichtpunkt erkennt das unbewaffnete Auge in der Sterngruppe der Plejaden. Hier ist die „Wolke“, die den Sternhaufen einhüllt, dicht genug, um bei sehr langer Belichtungsdauer schließlich die photographische Platte vollständig zu schwärzen, so daß kein Kontrast in ihr mehr möglich ist und die Sterne nicht mehr unterschieden werden können. Eine einstündige Aufnahme zeigt den überwältigenden Sternreichtum des Hintergrundes, die Plejadensterne aber sind im Nebel verhüllt. Ein Außennebel schwebt wie ein Rauchföhndchen begleitend neben der durch den Raum dahingehenden Sterngruppe. Wir haben es mit einer Staubwolke zu tun, die das Licht der eingebetteten Sterne reflektiert. Die Wolke hat zwar äußerst geringe Dichte, schirmt aber doch etwas vom Licht der jenseits liegenden Sterne ab. Ihr Durchmesser beträgt ja einige Duzend Lichtjahre!

Der dreifache Sirius. Bis jetzt wurde der Sirius immer als Doppeltstern angesehen. Nun hat man kürzlich auf der Sternwarte Johannesburg in dem System einen dritten Stern 12. Größe entdeckt, der mit dem bekannten Siriusbegleiter einen engen Doppeltstern bildet; der Abstand beträgt nur 1/3 bis 2 Bogenentungen und die Umlaufzeit zwei Jahre.

Fingerabdrücke durch Rundfunk. Der Etat des französischen Innenministeriums für 1930 bringt eine interessante Neuerung, nämlich die systematische Ausnutzung des Radios durch die Polizei. Dieser drohtlose Polizeidienst soll rasche Mitteilungen zwischen den einzelnen Polizeipräsidien und den Provinzen vermitteln. Der Hauptsender ist der Eiffelturm, der zu einer bestimmten Tageszeit gewisse Nachrichten an die Aufnahmestellen der Polizeistationen weitergibt. Die Uebermittlung von dem Hauptquartier im Pariser Polizeipräsidium erfolgt auf automatische Weise direkt nach dem Turm. Nicht nur Mitteilungen, sondern auch Photographien und Fingerabdrücke sollen gesandt werden. Diese werden durch die 51 Empfangsstationen an den Mittelpunkt des Polizeidienstes aufgenommen und dann möglichst rasch an die Grenzstationen und Hofenplätze weitergegeben.

Josef Kliche: Springflut an der Nordsee

Seit den frühesten Morgenstunden heute der Sturm. In grau- geballten Wellengeschwadern schob er vom Meere her. Er segte durch die Baggergräben, entwurzelte die Obstbäume und zerriß die Hecken und Stauden des herbstlichen Strauchwerks.

Mit Röhrenschrei hatte es angefangen. Die zahlreichen weiß- gefiederten Tierchen hatten gegen Mitternacht ihre Nistplätze auf den Sandbänken und Wattbühnen verlassen und waren zu Tausenden in die Gehölze der Menschen gekommen. Schuß lachend. Zum wild- brausenden Sturmwind gefellte sich in den frühen Morgenstunden und am Vormittag ein Regengeriesel. Ben nicht dringende Pflicht nach draußen trieb, der blieb in seiner Behausung, hörte das immer unheimlicher werdende Säusen und suchte in seinen Erinnerungen nach einem ähnlichen Tage. Damals, als man mit Siegen und Schafen auf den Dachboden getrocknet war, um sich der Wassernat zu entziehen. Seitdem war solches nicht mehr eingetreten. Die neu- zeitlichen Kanalisationsmethoden und Deichbauten boten den Reis auf der Bauer liegenden Wassermassen einen Halt.

Durchs Dorf mähete sich der Rnecht des Gemeindeflecken. Es sei Gefahr im Verzuge. Die Deichposten mühten auf ihre Plätze. Aus einzelnen Häusern bewegten sich Gestalten nach dem langgestreckten, schließenden Deich.

Zwei Stunden waren hingegangen, da begann die Stiene des nahen Leuchtturms zu heulen. In kurzen, scharfen Tönen. Der Rirksturm fing die Warnungsschreie auf, und bald rief, laut jammernd, die Rotglöcke dazwischen. Das Vieh war in Gefahr. Die Kinder und Schafe, die zu Hunderten jenseits des Deiches auf den weiten Grodenwiesen weideten. Ohne jede Aussicht; so wie es immer gewesen. Das Vieh, das Hab und Gut der Warshbauern!

In den Bauernstuben fuhren die Männer in die langen Wasser- stiefel oder trempelten sich die Hosen auf. Dann hinaus. Mit Stricken und Knütteln in den Händen über den Deich. Hier bot sich ihnen ein schlimmer Anblick. Meterhoch drangen in regelmäßiger Reihenfolge die grauen Springwellen über den breiten Schlackebest. Ihre sprühenden Ausläufer aber plätscherten und gurgelten über den angrenzenden Wiesenroden. Es schien, als wollte sich die ganze Nordsee in den Tobebächen ergießen. Fast der gesamte Groden stand

unter Wasser. Bis an die Knie stapften und stolperten die Kinder in der grauen Flut. Dazwischen Schafe und Schweine, hier und dort ein Huhn, ein Hase, mit dem vom Wind gepfeiften Wasser kämpfend. Und alles schreiend, blöfend, brüllend.

Die Rot ist groß. Entschlossen waten die Männer hinaus, suchten sich des Viehs zu bemächtigen. Zuweilen rutschte einer bis über die Hüften ins Wasser. Sind doch die Wiesen mit unzähligen ver- schlammten Gräben durchzogen. Fallen, die die alles verbedende und gleichmachende Flut dem Auge verbirgt. Dazu heult der Sturm, peitscht der Regen, brüllen die Tiere in Todesangst.

Am einer Verzweigung leistet das Gatter allerlei Widerstand. Hier ist es nicht von der Stelle zu bringen, dort laufen einzelne Stücke lewärtwärts. Grad ins Verderben. Ein Schlimpsen und Flächen, ein Schlagen mit dicken Knüppeln. Nur widerborstig läßt es sich überwinden, an Stricken fesseln und landwärts treiben. Wo eins in einen Schlammgraben tritt, kostet es unsägliche Mühe, es wieder herauszubringen. Am meisten gefährdet sind die Schafe. Gerät eins von diesen in eine Vertiefung, so ist es meist verloren. Das dicke Wollfell saugt sich derart voll Wasser, daß es Zentnengewicht bekommt und das Tier nicht mehr hoch läßt.

Den ganzen Vormittag arbeiten die Männer. Hier und dort sind ihnen die Frauen zu Hilfe gekommen, während die größeren Kinder vom Deich das wahrhaft nicht alltägliche Schauspiel neugierig — ängstlich bestaunen.

Ehe die Dunkelheit hereinbricht, ist das schwere Werk getan. Bis auf eine Anzahl Schafe und zwei Kühe, die ertrunken sind, ist alles geborgen. Erst anderen Tages wird die Sichtung, der Aus- tausch vorgenommen. Von Hof zu Hof, von Dorf zu Dorf.

Spät nach Mitternacht war Ebbe eingetreten. Der Sturm klang ab, der Deich war unbeschädigt geblieben. Wer heute über den noch mit schlammigen Fluten bedeckten Groden geht, der sieht hier und dort ein totes Schaf, an dem die Krähnen herumplätschen, ein er- trunkenes Huhn, einen verendeten Hasen. Und dazu unzähliges totes Gewürm, das sich nicht retten konnte.

Springflut an der Nordsee.

Theater: Lichtspiele usw

Sonnab., 14. 12.
Staats-Oper
 Unter d. Linden
 A.-V. 279
 19 Uhr
Tannhäuser

Sonnab., 14. 12.
Stadt. Oper
 Bismarckstr.
 Turnus IV
 20 Uhr
Der Barbier von Sevilla

Staats-Oper
 Am Pld.Republ.
 R.-S. 194
 19 1/2 Uhr
Hoffmanns Erzählungen

Staatl. Schauspiel.
 am Gendarmenmarkt
 A.-V. 246
 20 Uhr
2 x 2 = 5

Staatl. Schiller-Theater, Charlth.
 20 Uhr:
Der Kaufmann von Venedig

SCALA
 Tägl. 2 Vorst.
 8 und 8 1/2 Uhr
 Barbarossa 225

Preis 1-6 M. Wochentg.: 5 u. 50 Pl. - 3 M.

Matray-Bellert, Katka, Stanley u. May, Peretz I & Co., Herst & Partner usw.

PLAZA
 Tägl. 5 u. 8 1/2
 Sonnt. 2, 5 u. 8
 Alex. E. 4. 8066

INTERNAT. VARIETE

CASINO-THEATER
 8 1/2 Uhr
 Lothringer Straße 37.

Der neue Schlager!
Familie Hannemann.
 Dazu ein erstklassiger bunter Teil.

Für unsere Leser:
 Gutscheine für 1-4 Personen
 Fauteuil nur 1,25 M., Sessel 1,75 M.
 Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0,50 M.

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
 8 Uhr:
3 Musketiere
 Regie: ERIK CHARELL

An beiden Weihnachtsfeiertagen
 nachm. 3 Uhr ungekürzte Vor-
 stellung in Originalbesetzung zu
 halben Preisen.

Renaissance-Theater
 Täglich 8 1/2 Uhr
PARISER LEBEN
 Operette von Offenbach.
 Regie: Gustav Hartung.
 Musikalische Leitung: Theo Mackeben.
 Sitzplatz 01. 8901 u. 2523/84.

Heute nacht 11.30 Uhr
ARBEITER-THEATER (Club 1226 E.V.)
 Morgen vorm. 11.30 (1-6 Mk.)
CENBALO - MATINEE Günther Ramln.

KABARETT
ALT-BAYERN
 AM BAHNHOF FRIEDRICHSTRAÙE 233
 OPORR WILDOFF HELM KRUGER
 WILLY BOSEN-EMERICH BONDORF
 UND WILHELM KAPLAN
 KASINO u. BAYERNKELLER HS 309

**Schultheiss-Patzenhofer
 Brauerei-Aktiengesellschaft**

werden hiermit zu der am Montag, dem 6. Januar 1930,
 vermittels 10 1/2 Uhr, im Sitzungssaal der Gesellschaft,
 Berlin NW 40, Roonstraße 6, stattfindenden

ordentl. Generalversammlung

ergebenst eingeladen.

TREASORÄRRE:

1. Vorlegung des Geschäftsberichtes und der Abschlußbilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung für den 31. August 1929 sowie des Berichtes des Aufsichtsrates.
 2. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz, die Gewinnverteilung und die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat.
 3. Aufsichtsratswahl.
- Diejenigen Aktionäre, welche in der Generalversammlung ihr Stimmrecht ausüben wollen, werden mit Bezug auf die §§ 25-27 des Gesellschaftsvertrages ersucht, ihre Aktien oder die über die Aktien lautenden Hinterlegungsscheine der Bank des Berliner Kassenvereins bis spätestens **Montag, den 31. Dezember 1929, mittags 12 Uhr,** in Berlin bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Behrenstr. 9-13,
- in Chemnitz bei der Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Behrenstr. 68-69,
 - Dresdener Bank, Behrenstr. 35-39,
- sowie bei den Filialen dieser Banken in München, ferner in Berlin bei dem Bankhaus Jacquet & Securinus, An der Stechbahn 3-4,
- Bankhaus E. J. Meyer, Volstraße 16,
 - der Bank des Berliner Kassenvereins (nur für die Mitglieder des Giro-Effekten-Depots), Hinter der Kathol. Kirche 2,
- Schultheiss-Patzenhofer Brauerei-Aktiengesellschaft, Roonstraße 6-7,**
- in Danzig bei der Schultheiss-Patzenhofer Brauerei-Aktiengesellschaft, Abteilung III, Brauereistraße 1-2,
- in Dresden bei der Schultheiss-Patzenhofer Brauerei-Aktiengesellschaft, Abteilung V, Mathiasstraße 204-206,

während der üblichen Geschäftsstunden zu hinterlegen. Die Aktien können auch bei einem deutschen Notar hinterlegt werden, in diesem Falle ist der Nachweis der Hinterlegung durch Einreichung des notariellen Hinterlegungsscheines bei einer der angeführten Hinterlegungsstellen spätestens am Donnerstag, dem 2. Januar 1930, mittags 12 Uhr, zu führen.

Der Hinterlegungsschein eines Notars muß die Bescheinigung enthalten, daß die da auf nach Nummern verzeichneten Aktien nur gegen Rückgabe des Hinterlegungsscheines oder erst nach Schluß der Generalversammlung ausgeliefert werden dürfen.

Berlin, den 10. Dezember 1929.

Der Aufsichtsrat
 der
Schultheiss-Patzenhofer Brauerei-Aktiengesellschaft
 Eugen Landau, Ludwig Katzenellenbogen.

Winter Garten
 10 Uhr - Janr. 2010 - Baden erlaubt
 16 Original Lawrence Tiller-Girls
 und weitere Varieté-Neuheiten
 Sonnabend u. Sonntag je 2 Vorstellungen
 2^o und 1^o Uhr, 3^o kleine Preise.

Reichshallen-Theater
 Abends 8 Sonntag nachm. 3
 Das große Weihnachts-Programm
 der
Steffiner-Sänger
 Nachm. halbe Preise!
Dönhoff-Brett:
 Das phänomenale
 Dezember-Prgr. Tanz.

Volksbühne
 Theater am Döllowplatz
 8 Uhr
Affäre Dreyfus
 Schauspiel von René Kestner.
 Regie: H. D. Kenter.

Staatl. Schiller-Th.
 8 Uhr
Der Kaufmann von Venedig

Deutsches Theater
 D.-1. Norden 12319
 8 1/2 Uhr
Der Kaiser v. Amerika
 von Bernard Shaw
 Reg.: Max Reinhardt

Kammerspiele
 D.-1. Norden 12310
 8 1/2 Uhr
Zur gef. Ansicht!
 Lustspiel von Frederik Lonsdale
 Regie: Gustaf Gründgens

Die Komödie
 11 Bismck. 2414/7516
 8 1/2 Uhr
Vom Teufel geholt
 von Knut Hamsun
 Regie: Max Reinhardt.

Th. a. Holländerplatz
 Vorvk. 10-2. Kl. 2001
 Täglich 8 1/2 Uhr
Die Fledermads
 Regie: Max Reinhardt.

Trianon-Th. Merkur 2391
 Täglich 8 1/2 Uhr
Sie verweigert die Aussage
 Elisabeth Strickrodt
 Kurt Eiale.
 Sonntag 2 1/2 Uhr
König Orussolhart
 Sonntag 5 Uhr
Johannistag

Th. a. Kottb. Tor
 Kottb. Str. 6
 Tägl. 8 Uhr
 auch Sonnt. nachm. 3 Uhr
Sittensänger.
 Das einzig dastehende,
 vielseitige
 Weihnachts-Pr.

Westens
 Fagl. 8 1/2 Uhr
Marieffa
 Musik v. Gskar Strauss
 Käthe Dorsch
 Michael Bohnen

Metropol-Th.
 8 1/2 Uhr
Das Land des Lächelns
 Vera Schwarz,
 Richard Tauber
 Musik von Franz Lehár.

Planetarium
 am Zoo
 Furlas, Jadinstr. 178
 S.S. Barbarossa 557R
 16 1/2 Uhr Die Wintersternbilder.
 18 1/2 Uhr Der Stern der Weisen.
 20 1/2 Uhr Der Planet Jupiter.
 Eintritt 1 Mark.
 Kinder 30 Pl.
 Mittwochs halbe Kassenpreise.

Direktion
 Dr. Robert Klein
 Deutsches
 Künstler-Theat
 Barbarossa 2937
 9 1/2 Uhr
 Ende 11.10 Uhr
**Seitsames
 Zwischenspiel**
 Regie: Felix Elfert
 Sonntag, den 15.
 mitt. 12.15 Uhr
ANTON KUH
 spricht über
Die Pilette des Geistes
 3^o Uhr Sonntag,
 den 15. Dez.
 Die andere Seite
 0,50 bis 8 Mk.

Berliner Theater
 Dönhoff 170
 8 1/2 Uhr
Reserviert für Herrn Gaston.
 Von Max Wolff.
 Regie: Forster Larrinaz

Lessing-Theater
 Norden 10846
 Monatlich heblich
 Klassik-Theater
„Habilma“
 8 Uhr
 Die
Krone Davids
 Auch Sonntag 8 1/2
 halbe Preise
 Montag: Premiere
Der Schatz

Theater d. Westens
 Fagl. 8 1/2 Uhr
Marieffa
 Musik v. Gskar Strauss
 Käthe Dorsch
 Michael Bohnen

Zentral-Theater
 Alte Jakobstr. 32
 Gastspiel d. Th. d.
 Westens
 Täglich 8 1/2 Uhr
 5 1/2 u. 8 1/2 Uhr
Friederike
 Sonntag 2 1/2 Uhr
 Das
Weihnachtswunder

Das Land des Lächelns
 Vera Schwarz,
 Richard Tauber
 Musik von Franz Lehár.

Planetarium
 am Zoo
 Furlas, Jadinstr. 178
 S.S. Barbarossa 557R
 16 1/2 Uhr Die Wintersternbilder.
 18 1/2 Uhr Der Stern der Weisen.
 20 1/2 Uhr Der Planet Jupiter.
 Eintritt 1 Mark.
 Kinder 30 Pl.
 Mittwochs halbe Kassenpreise.

Lichterfelder Festsäle
Zehlendorfer Straße 5
Oekonom Otto Schilling
 Telefon: Lichterfelde G 3 1445

Festsäle für 1500 Personen mit modern einger. festen Bühnen für Veranstaltungen jeder Art / Hochzeitsäle / Vereinszimmer für 20 bis 300 Personen

Kleines Theat.
 Merkur 1624
 Täglich 8 1/2 Uhr
Max Adalbert
 in
Das Parfum meiner Frau
 mit
 Luisepp. v. Leo Lenz

Lustspielhaus
 Friedrichstr. 236
 Bergmann 2922
 Täglich 8 1/2 Uhr
Grand Hotel
 Lustspiel von Paul Frank

Barnowsky-Bühnen
 Theater in der
 Königgrätzer Straße
 Täglich 8 1/2 Uhr
Die erste Mrs. Selby
 mit
 Fritz Masaryk
 Alfred Abel

Komödienhaus
 Täglich 8 1/2 Uhr
Der Hühnerhot
 mit Curt Bels

ROSE
-THEATER Nr. Frankfurter
 Straße 132
 Teleph.: Alexander 3422 u. 3494

Nur noch bis 22. Dezember
 Täglich 8 1/2 Uhr
 Sonntags 5.15 und 9 Uhr
Pariser Blut
 Ab 23. Dezember tägl. 8.15 Uhr
Die Csardasfürstin
 Jeden Mittw. u. Sonnab. 5 Uhr
„Max und Moritz“
 und **der Weihnachtsmann**
 jeden Sonntag, nachm. 2.30 Uhr
Frau Holle

Programm am 1. u. 2. Feiertag:
 4 Uhr **Pariser Blut**
 7.45 Uhr **Die Csardasfürstin**
 11.30 Uhr **Familie Hannemann**
 Am 2. Feiertag spricht um 1.30 U.
MARCELL SALZER.
 Der Vorverkauf hat begonnen.

Max Adalbert
 in
Das Parfum meiner Frau
 mit
 Luisepp. v. Leo Lenz

Lustspielhaus
 Friedrichstr. 236
 Bergmann 2922
 Täglich 8 1/2 Uhr
Grand Hotel
 Lustspiel von Paul Frank

Barnowsky-Bühnen
 Theater in der
 Königgrätzer Straße
 Täglich 8 1/2 Uhr
Die erste Mrs. Selby
 mit
 Fritz Masaryk
 Alfred Abel

Komödienhaus
 Täglich 8 1/2 Uhr
Der Hühnerhot
 mit Curt Bels

ROSE
-THEATER Nr. Frankfurter
 Straße 132
 Teleph.: Alexander 3422 u. 3494

Nur noch bis 22. Dezember
 Täglich 8 1/2 Uhr
 Sonntags 5.15 und 9 Uhr
Pariser Blut
 Ab 23. Dezember tägl. 8.15 Uhr
Die Csardasfürstin
 Jeden Mittw. u. Sonnab. 5 Uhr
„Max und Moritz“
 und **der Weihnachtsmann**
 jeden Sonntag, nachm. 2.30 Uhr
Frau Holle

Programm am 1. u. 2. Feiertag:
 4 Uhr **Pariser Blut**
 7.45 Uhr **Die Csardasfürstin**
 11.30 Uhr **Familie Hannemann**
 Am 2. Feiertag spricht um 1.30 U.
MARCELL SALZER.
 Der Vorverkauf hat begonnen.

ROSE
-THEATER Nr. Frankfurter
 Straße 132
 Teleph.: Alexander 3422 u. 3494

Nur noch bis 22. Dezember
 Täglich 8 1/2 Uhr
 Sonntags 5.15 und 9 Uhr
Pariser Blut
 Ab 23. Dezember tägl. 8.15 Uhr
Die Csardasfürstin
 Jeden Mittw. u. Sonnab. 5 Uhr
„Max und Moritz“
 und **der Weihnachtsmann**
 jeden Sonntag, nachm. 2.30 Uhr
Frau Holle

Programm am 1. u. 2. Feiertag:
 4 Uhr **Pariser Blut**
 7.45 Uhr **Die Csardasfürstin**
 11.30 Uhr **Familie Hannemann**
 Am 2. Feiertag spricht um 1.30 U.
MARCELL SALZER.
 Der Vorverkauf hat begonnen.

ROSE
-THEATER Nr. Frankfurter
 Straße 132
 Teleph.: Alexander 3422 u. 3494

Nur noch bis 22. Dezember
 Täglich 8 1/2 Uhr
 Sonntags 5.15 und 9 Uhr
Pariser Blut
 Ab 23. Dezember tägl. 8.15 Uhr
Die Csardasfürstin
 Jeden Mittw. u. Sonnab. 5 Uhr
„Max und Moritz“
 und **der Weihnachtsmann**
 jeden Sonntag, nachm. 2.30 Uhr
Frau Holle

Programm am 1. u. 2. Feiertag:
 4 Uhr **Pariser Blut**
 7.45 Uhr **Die Csardasfürstin**
 11.30 Uhr **Familie Hannemann**
 Am 2. Feiertag spricht um 1.30 U.
MARCELL SALZER.
 Der Vorverkauf hat begonnen.

ROSE
-THEATER Nr. Frankfurter
 Straße 132
 Teleph.: Alexander 3422 u. 3494

Nur noch bis 22. Dezember
 Täglich 8 1/2 Uhr
 Sonntags 5.15 und 9 Uhr
Pariser Blut
 Ab 23. Dezember tägl. 8.15 Uhr
Die Csardasfürstin
 Jeden Mittw. u. Sonnab. 5 Uhr
„Max und Moritz“
 und **der Weihnachtsmann**
 jeden Sonntag, nachm. 2.30 Uhr
Frau Holle

Programm am 1. u. 2. Feiertag:
 4 Uhr **Pariser Blut**
 7.45 Uhr **Die Csardasfürstin**
 11.30 Uhr **Familie Hannemann**
 Am 2. Feiertag spricht um 1.30 U.
MARCELL SALZER.
 Der Vorverkauf hat begonnen.

ROSE
-THEATER Nr. Frankfurter
 Straße 132
 Teleph.: Alexander 3422 u. 3494

Nur noch bis 22. Dezember
 Täglich 8 1/2 Uhr
 Sonntags 5.15 und 9 Uhr
Pariser Blut
 Ab 23. Dezember tägl. 8.15 Uhr
Die Csardasfürstin
 Jeden Mittw. u. Sonnab. 5 Uhr
„Max und Moritz“
 und **der Weihnachtsmann**
 jeden Sonntag, nachm. 2.30 Uhr
Frau Holle

Programm am 1. u. 2. Feiertag:
 4 Uhr **Pariser Blut**
 7.45 Uhr **Die Csardasfürstin**
 11.30 Uhr **Familie Hannemann**
 Am 2. Feiertag spricht um 1.30 U.
MARCELL SALZER.
 Der Vorverkauf hat begonnen.

ROSE
-THEATER Nr. Frankfurter
 Straße 132
 Teleph.: Alexander 3422 u. 3494

Nur noch bis 22. Dezember
 Täglich 8 1/2 Uhr
 Sonntags 5.15 und 9 Uhr
Pariser Blut
 Ab 23. Dezember tägl. 8.15 Uhr
Die Csardasfürstin
 Jeden Mittw. u. Sonnab. 5 Uhr
„Max und Moritz“
 und **der Weihnachtsmann**
 jeden Sonntag, nachm. 2.30 Uhr
Frau Holle

Programm am 1. u. 2. Feiertag:
 4 Uhr **Pariser Blut**
 7.45 Uhr **Die Csardasfürstin**
 11.30 Uhr **Familie Hannemann**
 Am 2. Feiertag spricht um 1.30 U.
MARCELL SALZER.
 Der Vorverkauf hat begonnen.

ROSE
-THEATER Nr. Frankfurter
 Straße 132
 Teleph.: Alexander 3422 u. 3494

Nur noch bis 22. Dezember
 Täglich 8 1/2 Uhr
 Sonntags 5.15 und 9 Uhr
Pariser Blut
 Ab 23. Dezember tägl. 8.15 Uhr
Die Csardasfürstin
 Jeden Mittw. u. Sonnab. 5 Uhr
„Max und Moritz“
 und **der Weihnachtsmann**
 jeden Sonntag, nachm. 2.30 Uhr
Frau Holle

Theater l. d. Behrenstr. 53-54
 8 1/2 A 4 Zentrum 926/927 8 1/2
 ... Vater sein, dagegen sehr

Passendste Geschenke für jung und alt!
Gebundene Bücher
 Ganzseiten mit Deckelprägung

Adolph Hoffmanns Erzählungen
 200 Seiten stark auf holzfreiem Papier / Gesammelte Erinnerungen aus sozialistengesetzlicher Zeit
 Preis 3 M. Porto, Verp. 40 Pl.

***Spät erbsibluten**
 gereimte und ungerahmte Lebensbilder von Adolph Hoffmann / Mit 6 Vollbildern und Titelvignette von W. Steiner auf Kunstdruckpapier / Portät u. Faksimile des Verfassers
 Preis 2 M. Porto, Verp. 25 Pl.

***Amoretten**
 Giftpflanzen aus dem Irrgarten der Liebe v. Adolph Hoffmann / il. Aufl.
 Preis 2 M. Porto, Verp. 25 Pl.

Geh. Sanitätsrat Prof. Dr. Brandenburg, Berlin, sagt: „Darin liegt das große Verdienst dieses so überaus geschickt ärztliche Lehren in wirksamer, packender Lebensbilder kleidenden Buches.“ Hervorragendes Geschenk für die Jugend!

Alle 3 Bücher gegen Einsendung von 7 M. portofrei - * Letztere beiden auch kartoniert a 1 M. Zu beziehen durch die Botenfrauen und Ausgabestellen des „Vorwärts“ sowie direkt vom Verlag

Adolph Hoffmann
 Berlin O 17, Koppensstraße 6 11
 Fernsprecher: Alexander 7670
 Postcheckkonto: Berlin 130 461

Von Kreis zu Kreis
 zum
BUCHERKREIS
 BERLIN SW 61, BELLE-ALLIANCE-PLATZ 7/8

Jedes Werk in bester Ausstattung nur 3.- M

AKKUR. Gärende Kräfte
 Landarbeitersroman
 Die dänische Bauernerde duftet dicht und schwer. Die Milieuschilderungen sind echt, die Menschen getroffen.

M. BARTHEL. Der Mensch am Kreuz
 Nach d. Tagebuch eines Pfarrers
 Die Lebensgeschichte eines katholischen Priesters.

M. BARTHEL. Aufstieg der Begabten
 Ein Filmroman
 Der realisierte Traum von vielen hunderttausend jungen Mädchen. Der Film aber ist kein Märchenland.

EVA BRODQ. Wetterleuchten
 Ein Memoirenwerk
 Ein an dramatischen Wechselläufen unerhört reiches Leben. Heute sieht sie als Menschewistin im Gefängnis des bolschewistischen Rußland.

H. CLINOW. Technik und Wirtschaft d. Urmenschen
 Mit 70 Abbildungen
 Das Werk ist klar, gebaltreich. Ergreifend als erzieherische Wirkungen sind unaussprechlich.

H. CLINOW. Liebe und Eh. im Leben der Völker
 mit zahlreich. Abbild.
 Dieses Buch unterrichtet in interessanter Weise über die Entwicklung des Menschengeschlechts.

GROTEWITZ-BOELSCHIE. Der Mensch als Beherrscher der Natur
 Mit 34 Abb.
 Gegenstand dieses Buches ist der Mensch in seiner Tätigkeit als Umgestalter der Natur.

A. M. DE JONG. Meryentje Geyrens Kindheit + Der seltsame Küster
 2 Bände
 Ein Dichter, ein ganz großer, malt hier in schönsten Farben, in unendlicher Liebe und mit einem psychologischen Verständnis.

SCHONLANK. AGNES
 Ein Frauenleben aus der Zeit des Sozialistengesetzes
 Agnes ist die Geschichte von Liebe, Leiden und tapferster Pionierarbeit.

ANNA KARAWAJEWA. Das Sägewerk
 Roman aus Sowjetrußland
 Die Geschichte eines Sägewerkes, das in einem Dorfe des heutigen Zentralrußlands unter großen Anstrengungen errichtet wird.

KARL SCHRODER. Die Geschichte Jan Beeks
 Roman
 Wenn die Arbeiter alle neu erschienenen Romane nicht lesen sollten, „Jan Beek“ müssen sie lesen. Volksblatt Zwickau.

Jedes dieser Werke zum Mitgliederpreise von nur 3 Mark, wenn ohne jede weitere Verpflichtung nur der Bezug von 2 Bänden (Währliche Probemitgliedschaft) gewünscht wird, dazu umsonst 6 reichillustr. Monatshefte Bei Jahresmitgliedschaft (4 Bände à 3 Mark und gratis 12 Monatshefte) kommen Sie in den Genuß der Treueprämie, d. h. des Rechts, einen weiteren Dreimarkband für nur 1 M. zu beziehen. Auf Wunsch unverbindlich für Sie ein 10-Bände-Paket zur Auswahl. Monatliche Teilzahlung gern gestattet. Bestellungen nimmt entgegen:

»Der Bücherkreis«
 Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7/8

DORSCH-100 MILLIONEN

In ungeheuren Schwärmen zieht der Dorsch jeden Winter und jedes Frühjahr an die norwegische Küste, um dort seine Nahrung zu suchen und zu laichen.

Hieraus ergeben sich die Bedingungen für die gewaltigen norwegischen Fischfänge, bei denen alljährlich 60-100 Millionen Stück Dorsch gefangen und verwertet werden.

So nahe an Land arbeiten die Fischerflotten, daß die zur Herstellung des Lebertrans bestimmte Leber noch am Fangtage selbst - also in vollkommen frischem Zustande - zur Behandlung in die Fabriken gelangt.

Deshalb ist der norwegische Lebertran in so hohem Maße eine Qualitätsware. Bei reichstem Vitamingehalt hat er den großen Vorzug, geschmack- und geruchlos zu sein.

**fördert das Wachstum.
 Schützt gegen Krankheiten.
 Wirkt antirachitisch.**

Ein TROPFEN NORWEGISCHER LEBERTRAN ENTHÄLT MEHR VITAMINE ALS SELBST

DIE GRÖßTE MENGE MILCH UND BUTTER, DIE MAN AN EINEM TAGE VERZEHREN KANN.

NORWEGISCHER LEBERTRAN